

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2220/2000 des Rates vom 28. September 2000 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 302/93 zur Schaffung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht** 1
- Verordnung (EG) Nr. 2221/2000 der Kommission vom 6. Oktober 2000 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 3
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2222/2000 der Kommission vom 7. Juni 2000 mit finanziellen Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während eines Heranführungszeitraums** 5
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2223/2000 der Kommission vom 6. Oktober 2000 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 65/82 mit Durchführungsbestimmungen zur Übertragung von Zucker auf das folgende Wirtschaftsjahr** 15
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2224/2000 der Kommission vom 6. Oktober 2000 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2138/97 zur Abgrenzung der homogenen Erzeugungsgebiete für Olivenöl** 16
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2225/2000 der Kommission vom 6. Oktober 2000 zur Festsetzung der Oliven- und der Ölerträge für das Wirtschaftsjahr 1999/2000** 24
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2226/2000 der Kommission vom 6. Oktober 2000 zur Bewilligung von Übertragungen zwischen den Höchstmengen für Textilwaren und Bekleidung mit Ursprung in der Republik Korea** 40

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Rat

2000/597/EG, Euratom:

- ★ **Beschluss des Rates vom 29. September 2000 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften** 42

Kommission

2000/598/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 3. Oktober 2000 mit Maßnahmen zum Schutz gegen die Blauzungkrankheit in Sardinien (Italien) ⁽¹⁾** (*Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2000) 2899*) 47

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 2220/2000 DES RATES
vom 28. September 2000
zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 302/93 zur Schaffung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 308,

auf Vorschlag der Kommission ⁽¹⁾,nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 8. Februar 1993 erließ der Rat die Verordnung (EWG) Nr. 302/93 ⁽³⁾.
- (2) Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDE) (nachstehend „Beobachtungsstelle“ genannt) ist für die Einrichtung und Koordinierung eines Europäischen Informationsnetzes für Drogen und Drogensucht (REITOX) zuständig und arbeitet dabei mit den Mitgliedstaaten zusammen.
- (3) In seiner Stellungnahme vom September 1998 zum Jahresbericht 1997 der Beobachtungsstelle über den Stand der Drogenproblematik in der Europäischen Union vertrat das Europäische Parlament die Auffassung, dass es notwendig ist, dass die Beobachtungsstelle mit der Einbeziehung der Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas sowie Zyperns in das REITOX-Netz beginnt und Daten aus diesen Ländern in ihren Berichten und Analysen berücksichtigt.
- (4) Die Beitrittsländer sollten schrittweise in die Arbeiten der Beobachtungsstelle und die wesentlichen Aufgaben des REITOX-Netzes einbezogen werden.
- (5) Zweck des PHARE-Mehrländerprogramms zur Drogenbekämpfung ist insbesondere die Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder bei der Entwicklung und Stärkung von Informationssystemen und Netzen zur Sammlung, Aufbereitung und Weitergabe von Daten zur Drogen- und Drogensuchtproblematik in diesen Ländern.
- (6) Es ist wünschenswert, die Beobachtungsstelle unmittelbar mit der Durchführung von Projekten zur strukturellen und technischen Hilfe im Bereich der Drogeninformationssysteme in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas sowie sonstiger Beitrittsländer zu beauf-

tragen, um diese Länder in die Tätigkeit der Beobachtungsstelle einzubeziehen und strukturelle Verbindungen mit dem REITOX-Netz aufzubauen.

- (7) Dabei muss die Beobachtungsstelle alle PHARE-Länder, auf die sich das PHARE-Mehrländerprogramm zur Drogenbekämpfung erstreckt, in ihrem Konzept berücksichtigen, einschließlich Albanien, Bosnien-Herzegowina und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.
- (8) Die Projekte der strukturellen Hilfe, die in den Beitrittsländern und den übrigen im Rahmen des PHARE-Programms förderfähigen Ländern durchgeführt werden sollen, umfassen in erster Linie Aktivitäten im Zusammenhang mit der Koordinierung und dem Informationsaustausch, der Weitergabe von Know-how, der Schaffung und Stärkung von strukturellen Verbindungen mit dem REITOX-Netz sowie der Einrichtung und dem Ausbau der nationalen Kontaktstellen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 302/93 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Unbeschadet des Artikels 2 Buchstabe D Nummer 14 darf die Beobachtungsstelle keinerlei Maßnahmen treffen, die über den Bereich der Information und der Informationsaufbereitung hinausgehen.“

2. Dem Artikel 2 Buchstabe D wird folgende Nummer angefügt:

„14. Auf Antrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften kann sie in den Beitrittsländern und den im Rahmen des PHARE-Programms förderfähigen Ländern ihr Know-how weitergeben und bei der Schaffung und Stärkung der strukturellen Verbindungen mit dem REITOX-Netz sowie bei der Einrichtung und dem Ausbau der nationalen Kontaktstellen helfen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. C 342 E vom 30.11.1999, S. 413.

⁽²⁾ Stellungnahme vom 16. Juni 2000 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽³⁾ ABl. L 36 vom 12.2.1993, S. 1. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3294/94 (AbL. L 341 vom 30.12.1994, S. 7).

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 28. September 2000.

Im Namen des Rates

Der Präsident

D. VAILLANT

VERORDNUNG (EG) Nr. 2221/2000 DER KOMMISSION
vom 6. Oktober 2000
zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1498/98 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in

ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. Oktober 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Oktober 2000

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. L 198 vom 15.7.1998, S. 4.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 6. Oktober 2000 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	052	97,7
	064	68,9
	999	83,3
0707 00 05	628	132,0
	999	132,0
0709 90 70	052	71,7
	999	71,7
0805 30 10	052	72,8
	388	53,6
	524	55,9
	528	67,6
0806 10 10	999	62,5
	052	88,5
	064	65,1
	400	221,5
	632	54,5
	999	107,4
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	388	209,3
	400	57,6
	800	183,7
	804	64,2
	999	128,7
0808 20 50	052	89,2
	064	62,7
	999	76,0

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2543/1999 der Kommission (ABl. L 307 vom 2.12.1999, S. 46). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2222/2000 DER KOMMISSION

vom 7. Juni 2000

mit finanziellen Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während eines Heranführungszeitraums

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während eines Heranführungszeitraums⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 zur Koordinierung der Hilfe für die Bewerberländer im Rahmen der Heranführungsstrategie⁽²⁾ führt die Kommission die Gemeinschaftshilfe gemäß der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften⁽³⁾, insbesondere Artikel 114, durch. Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates muss die finanzielle Unterstützung mit den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 1258/1999 vom 17. Mai 1999 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik⁽⁴⁾ im Einklang stehen. Diese Verordnung gilt für beide Abteilungen, Garantie und Ausrichtung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, enthält jedoch in erster Linie Sonderbestimmungen für die Abteilung Garantie, die unter Titel VIII der Haushaltsordnung fällt.
- (2) Die Durchführung von Sapard soll in den betreffenden Ländern zum Auf- und Ausbau der Institutionen beitragen. Im Rahmen des Sonderprogramms zur Vorbereitung der Bewerberländer auf den Beitritt in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Sapard) werden in jedem der in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 genannten zehn Bewerberländer zahlreiche Projekte begleitet werden müssen, die in der Regel mit begrenzten finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Es ist wünschenswert, Verwaltungsaufgaben an das Bewerberland zu delegieren. Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 sieht die Möglichkeit vor, das Bewerberland mit solchen Verwaltungsaufgaben zu beauftragen. Infolgedessen sollte die Verwaltung von Sapard nach dem Konzept der dezentralen Verwaltung mittels entsprechender Stellen in den Bewerberländern organisiert werden.

- (3) Die Mindestkriterien und -voraussetzungen für die dezentrale Verwaltung gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 sind im Anhang der genannten Verordnung festgelegt. Diese Kriterien und Voraussetzungen entsprechen denjenigen, die nach den Bestimmungen des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1663/95⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2245/1999⁽⁶⁾, für die EAGFL-Garantie von den Zahlstellen erfüllt werden müssen. Infolgedessen müssen die einzelnen Bewerberländer ihre Stellen entsprechend den Bestimmungen der EAGFL-Garantie aufbauen.
- (4) Die in der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 enthaltenen Bestimmungen für die EAGFL-Garantie betreffen vor allem die Funktion der Zahlstelle. Die Stellen in den Bewerberländern müssen jedoch zusätzlich auch als Durchführungsstelle fungieren. Infolgedessen sind auch geeignete Kriterien für diese Funktion festzulegen.
- (5) Es empfiehlt sich, die Zulassung vorläufig zu gewähren, sofern wesentliche Kriterien/Mindestkriterien eingehalten werden.
- (6) Damit die Kommission auf die vorherige Genehmigung gemäß Artikel 12 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 verzichten und ein Bewerberland mit der Verwaltung der Fördermittel beauftragen kann, muss die nationale Zulassung der Sapard-Stelle im Bewerberland genehmigt werden.
- (7) Es empfiehlt sich, für bestimmte Finanzoperationen die bestehenden Strukturen in den Bewerberländern soweit wie möglich zu nutzen. Jedes dieser Länder verfügt bereits über einen Nationalen Fonds, über den die PHARE-Mittel weitergeleitet werden. Gemäß Punkt 2 Ziffer v) des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 übernimmt der nationale Anweisungsbefugte die volle finanzielle Verantwortung und Haftung für die Mittel. In Bezug auf Sapard sollte daher der Nationale Fonds in jedem Bewerberland als die zuständige Behörde fungieren, die die Sapard-Stelle zulässt und sicherstellt, dass diese auch weiterhin den Zulassungskriterien genügt. Der nationale Anweisungsbefugte fungiert als Anlaufstelle für den Austausch von finanziellen Auskünften zwischen der Kommission und dem Bewerberland.
- (8) Laut Artikel 31 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1994, mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds⁽⁷⁾ wird die erste Mittelbindung vorgenommen, wenn die Kommission die Entscheidung über die Genehmigung der Intervention

⁽¹⁾ ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 87.

⁽²⁾ ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 68.

⁽³⁾ ABl. L 356 vom 31.12.1977, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 103.

⁽⁵⁾ ABl. L 158 vom 8.7.1995, S. 6.

⁽⁶⁾ ABl. L 273 vom 23.10.1999, S. 5.

⁽⁷⁾ ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1.

erlässt. Im Hinblick auf die Mittelbindung im Haushaltsplan der Gemeinschaften kann dieses Modell unter den gegebenen Umständen als geeignet angesehen und mutatis mutandis auf Sapard angewendet werden.

- (9) Gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 führt die Kommission Ex-post-Kontrollen durch. Das Rechnungsabschlussverfahren des EAGFL ist ein effizientes System, mit dem die von den dezentralen Stellen getätigten Zahlungen geprüft und gegebenenfalls unregelmäßige oder unrechtmäßige Zahlungen von den Bewerberländern wiedereingezogen werden.
- (10) Die Durchführungsbestimmungen für Sapard sollten in bilateralen Vereinbarungen zwischen der Kommission und den einzelnen Bewerberländern festgelegt werden. Die Kommission sollte daher mit jedem Bewerberland eine mehrjährige Finanzierungsvereinbarung schließen, in der die Bedingungen für die Verwendung der Sapard-Mittel festgehalten sind. Der Finanzbeitrag der Gemeinschaft sollte in jährlichen Finanzierungsvereinbarungen festgelegt werden.
- (11) Zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft sollten für die Bewerberländer ähnliche Verpflichtungen in Bezug auf die Kontrollen der Sapard-Mittel durch Gemeinschaftsbedienstete gelten wie für die Mitgliedstaaten.
- (12) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Massnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL 1

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Anwendungsbereich dieser Verordnung

- (1) Diese Verordnung enthält die Bedingungen, unter denen gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 Stellen in den zehn in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 genannten Bewerberländern mit der Verwaltung der im Rahmen der letztgenannten Verordnung gewährten Finanzhilfe beauftragt werden.
- (2) Die Kommission beabsichtigt, diese Bedingungen in die mit jedem Bewerberland ausgehandelte Finanzierungsvereinbarung aufzunehmen und so zu gewährleisten, dass die Bewerberländer diese Bedingungen beachten.

Artikel 2

Definitionen

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten als

- a) „Bewerberländer“ die Länder, die in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 aufgeführt sind;
- b) „Nationaler Fonds“ die vom Bewerberland eingesetzte Stelle, die als zuständige Behörde fungiert. Sie ist dem nationalen Anweisungsbefugten unterstellt, der die volle finanzielle Verantwortung und Haftung für die Mittel übernimmt. Der nationale Anweisungsbefugte fungiert als Anlaufstelle für

den Austausch von finanziellen Auskünften zwischen der Kommission und dem Bewerberland;

- c) „zuständige Behörde“ die Einrichtung, die in jedem Bewerberland
- i) für die Zwecke des Artikels 1 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 die Zulassung der Sapard-Stelle erteilt, überwacht und entzieht,
 - und
 - ii) eine bescheinigende Stelle ernennt;
- d) „Sapard-Stelle“ die Stelle, die vom Bewerberland eingerichtet wird und unter seiner Verantwortung tätig ist; sie übt zwei Funktionen, die Funktion der Durchführung und die der Zahlung, aus. In jedem Bewerberland darf nur eine Sapard-Stelle zugelassen werden;
- e) „bescheinigende Stelle“ die in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben von der Sapard-Stelle unabhängige Stelle, die die Bescheinigung über die Rechnungen ausstellt, über die Verwaltungs- und Kontrollregelungen berichtet und den jeweiligen Finanzierungsanteil überprüft;
- f) „mehrjährige Finanzierungsvereinbarung“ die Vereinbarung, in der die für die Kofinanzierung von Sapard geltenden Bestimmungen niedergelegt sind;
- g) „jährliche Finanzierungsvereinbarung“ die Vereinbarung, in der auf der Grundlage der in den Haushaltsplan der Gemeinschaft eingesetzten Verpflichtungsermächtigungen die Mittelzuweisung für das betreffende Jahr festgelegt wird und mit der gegebenenfalls die Bestimmungen der mehrjährigen Finanzierungsvereinbarung ergänzt oder geändert werden;
- h) „Sapard-Euro-Konto“ das Konto, das der nationale Anweisungsbefugte unter seiner Verantwortung bei einem Finanzinstitut oder einer Finanzbehörde für die Zahlungen gemäß Artikel 8 einrichtet. Dieses Konto, auf das der marktübliche Zinssatz angewendet wird, ist ausschließlich für Transaktionen im Rahmen von Sapard bestimmt und wird in Euro geführt;
- i) „Haushaltsjahr“ das Kalenderjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.

KAPITEL 2

ÜBERTRAGUNG DER VERWALTUNG

Artikel 3

Übertragung der Verwaltung der Finanzhilfe

- (1) Die Kommission prüft, ob die Bedingungen des Artikels 12 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 des Rates, im Folgenden „die Bedingungen“ genannt, sowie die Vorschriften der Artikel 4 bis 6 und des Anhangs beachtet werden, bevor sie beschließt, die Bewerberländer mit der Verwaltung der Finanzhilfe zu beauftragen.

Um festzustellen, ob die in Unterabsatz 1 genannten Bedingungen und Vorschriften beachtet werden,

- untersucht die Kommission die für die Durchführung des Sapard-Programms eingesetzten Verfahren und Strukturen des Nationalen Fonds und der Sapard-Stelle sowie gegebenenfalls anderer Einrichtungen, denen Aufgaben gemäß Artikel 4 Absatz 4, Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 6 Absatz 2 übertragen wurden;
- nimmt die Kommission Überprüfungen vor Ort vor.

(2) Die Entscheidung, einer Stelle die Verwaltung zu übertragen, kann vorläufig erlassen werden, sofern die Bedingungen, Funktionen und Kriterien des Anhangs sowie die Bestimmungen der Artikel 4 bis 6 dieser Verordnung erfüllt sind.

(3) Die Kommission kontrolliert, ob die Bedingungen und Vorschriften dieser Verordnung einschließlich ihres Anhangs auch weiterhin eingehalten werden. Sollten zu einem beliebigen Zeitpunkt diese Bedingungen nicht mehr erfüllt sein, so widerruft die Kommission unmittelbar ihre Entscheidung und

- geht keine neuen finanziellen Verpflichtungen im Namen der Gemeinschaft ein,
- stellt die Mittelübertragungen an das Bewerberland ein und
- nimmt gegebenenfalls Finanzkorrekturen gegen das Bewerberland vor.

Artikel 4

Aufgaben der zuständigen Behörde

(1) Zu den Aufgaben der zuständigen Behörde zählen *mutatis mutandis* die in Artikel 1 Absätze 3, 4, 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 genannten Aufgaben. Bis die geforderten Änderungen der Verwaltungs- und Buchführungsverfahren vorgenommen sind, kann die Zulassung vorläufig für eine Dauer erteilt werden, die entsprechend der Schwere des Problems festgelegt wird.

(2) Die Entscheidung der zuständigen Behörde über die Zulassung der Sapard-Stelle stützt sich auf eine Prüfung der Verfahren und Strukturen für die Verwaltung, Zahlung, Kontrolle und Buchführung einschließlich der Regelungen für die Projektauswahl, Ausschreibungsverfahren, Auftragsvergabe und die Einhaltung der Regeln des öffentlichen Auftragswesens unter Berücksichtigung der Kriterien des Anhangs. Diese Prüfung wird nach international anerkannten Prüfungsstandards vorgenommen. In den Fällen, in denen eine vorläufige Zulassung erteilt werden soll, müssen die Vorschriften des Anhangs hinreichend beachtet werden, insbesondere in Bezug auf die schriftlichen Verfahren, die Aufgabentrennung, die Kontrollen im Vorfeld der Genehmigung von Projekten und Zahlungen, die Zahlungsverfahren, die Buchführungsverfahren, die EDV-Sicherheit, die Innenrevision und gegebenenfalls das öffentliche Auftragswesen.

(3) Die zuständige Behörde überprüft die Zulassung und entzieht sie unverzüglich, wenn die Zulassungskriterien nicht mehr erfüllt sind. Sie setzt die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

(4) Die zuständige Behörde kann andere Einrichtungen mit den Prüfungsaufgaben gemäß Absatz 2 beauftragen. Der nationale Anweisungsbefugte trägt in jedem Fall die Gesamtverantwortung.

Artikel 5

Aufgaben der Sapard-Stelle

(1) Die Durchführungsfunktion der Sapard-Stelle umfasst

- die Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen,
- die Projektauswahl,
- die Überprüfung von Anträgen auf die Genehmigung von Projekten im Hinblick auf deren Einhaltung der Vorschriften und Bedingungen, auf ihre Förderfähigkeit und auf ihre inhaltliche Vereinbarkeit mit dem genehmigten Sapard-Programm für die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums, nachstehend „das Programm“

genannt, sowie gegebenenfalls auf die Beachtung der Regeln für das öffentliche Auftragswesen,

- die Aufstellung der vertraglichen Verpflichtungen zwischen der Stelle und den potentiellen Begünstigten und die Erteilung der Genehmigung für den Beginn der Arbeiten,
- die Durchführung von Vor-Ort-Kontrollen vor und nach der Genehmigung des Projekts,
- die Überwachung des Fortgangs laufender Projekte,
- die Berichterstattung über die Fortschritte laufender Maßnahmen anhand von Indikatoren.

(2) Die Zahlungsfunktion der Sapard-Stelle umfasst

- die Prüfung der Zahlungsanträge,
- Vor-Ort-Kontrollen, um die Begründetheit einer Zahlung zu überprüfen,
- die Bewilligung der Zahlung,
- die Ausführung der Zahlung,
- die Verbuchung der Mittelbindung und der Zahlung,
- gegebenenfalls die Kontrolle der Begünstigten nach der Zahlung der Finanzhilfe, um festzustellen, ob die Voraussetzungen und Bedingungen der Förderung auch weiterhin eingehalten werden.

(3) Soweit die Durchführungs- und Zahlungsfunktionen nicht von einer einzigen Verwaltungsstelle ausgeübt werden, können sie von anderen Stellen übernommen werden, sofern Ziffer 2.3 des Anhangs beachtet wird. Die Ausführung der Zahlungen sowie die Verbuchung der Mittelbindungen und Zahlungen dürfen jedoch keinesfalls delegiert werden. Den Verfahren für die Projektgenehmigung, die Vor-Ort-Kontrollen und die Zahlungen muss eine geeignete Aufgabentrennung zugrunde liegen.

(4) Nach Zulassung der Sapard-Stelle legt die zuständige Behörde der Kommission jeden Vorschlag zur Änderung der Durchführungs- und/oder Zahlungsverfahren dieser Stelle vor.

(5) Soweit die Sapard-Stelle nicht auch die Funktionen der Verwaltungsbehörde gemäß Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 2759/1999 der Kommission⁽¹⁾ ausübt, übermittelt sie dieser Behörde die Informationen, die diese zur Ausübung ihrer Funktionen benötigt.

Artikel 6

Aufgaben der bescheinigenden Stelle

(1) Die Aufgaben der bescheinigenden Stelle umfassen

- die Ausstellung einer Bescheinigung über die Jahresrechnungen der Sapard-Stelle und das Sapard-Euro-Konto,
- die jährliche Berichterstattung darüber, inwieweit die Verwaltungs- und Kontrollregelungen der Sapard-Stelle geeignet sind, die Übereinstimmung der Ausgaben mit Artikel 8 Absatz 1 zu gewährleisten,

(1) ABl. L 331 vom 23.12.1999, S. 51.

— die Überprüfung, ob der nationale Finanzierungsanteil gemäß Artikel 9 Absatz 1 ordnungsgemäß geleistet wurde.

(2) Bei der Ausführung dieser Ausgaben beachtet die bescheinigende Stelle die Bestimmungen des Artikels 3 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 und die Leitlinien der Kommission. Handelt es sich bei der benannten Stelle um den nationalen Rechnungshof oder eine gleichwertige Einrichtung, so kann dieser einige oder alle Prüfungsaufgaben gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 an andere Einrichtungen delegieren, sofern eine ordnungsgemäße Erfüllung dieser Aufgaben gewährleistet ist. Die bescheinigende Stelle trägt in jedem Fall die Gesamtverantwortung.

(3) Die Bescheinigung über die Jahresrechnungen und der Prüfbericht gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 und Artikel 13 Absatz 1 werden bis zum 15. April des jeweils folgenden Jahres erstellt und der Kommission bis spätestens 30. April vorgelegt.

KAPITEL 3

ZAHLUNG UND KONTROLLE

Artikel 7

Mittelbindungen

(1) Nach Erlass der Kommissionsentscheidung zur Genehmigung der Unterzeichnung jeder jährlichen Finanzierungsvereinbarung werden die entsprechenden Finanzmittel im Haushaltsplan der Gemeinschaft gebunden.

(2) Die erste jährliche Finanzierungsvereinbarung darf nur dann im Namen der Kommission unterzeichnet werden, wenn

- die Kommission das Programm genehmigt hat,
- beide Seiten die mehrjährige Finanzierungsvereinbarung unterzeichnet haben.

(3) Die Kommission gibt unter Berücksichtigung von Artikel 10 den entsprechenden Teil des gebundenen Betrags nach den Bestimmungen des Artikels 31 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 frei.

Artikel 8

Zahlungen der Kommission

(1) Für eine Kofinanzierung der Gemeinschaft kommen lediglich die Sapard-Mittel in Betracht, die im Einklang mit dem von der Kommission genehmigten Programm, der mehrjährigen und der jährlichen Finanzierungsvereinbarung sowie der Entscheidung der Kommission gemäß Artikel 3 Absatz 1 gewährt werden.

(2) Die Zahlungen werden in Euro ausschließlich auf das Sapard-Euro-Konto getätigt und stehen mit Artikel 32 Absatz 1, Absatz 2 Unterabsatz 2, Absatz 3, ausgenommen Buchstaben a) und d) und der zweit- und drittletzte Unterabsatz, sowie mit Absatz 4 Buchstaben a) und b) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates im Einklang.

(3) Die Kommission leistet eine erste Anzahlung auf das Sapard-Euro-Konto. Diese Zahlung kann in mehr als einer Tranche erfolgen und beträgt höchstens 49 v.H. der im Anhang der Entscheidung 1999/595/EG⁽¹⁾ vom 20. Juli 1999 festgelegten jährlichen Zuteilung für das betreffende Bewerberland. Die Zahlung erfolgt erst, wenn die Entscheidung über die Zulassung der Sapard-Stelle gemäß Artikel 3 Absatz 1 ergangen ist und sowohl die mehrjährige als auch die erste jährliche Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen wurde. Die Zahlung

wird zurückgezahlt, wenn der Kommission binnen 18 Monaten nach dem Zeitpunkt dieser Zahlung kein Zahlungsantrag gemäß Artikel 10 vorliegt.

(4) Die weiteren Zahlungen werden nach den Bestimmungen des Artikels 10 getätigt.

(5) Umrechnungskosten, Bankgebühren und Wechselverluste kommen für eine Gemeinschaftsfinanzierung nicht in Betracht.

Artikel 9

Zahlungen der Sapard-Stelle

(1) Die Zahlungen der Sapard-Stelle an den Begünstigten

— werden in Landeswährung getätigt und gehen gegebenenfalls zu Lasten des Sapard-Euro-Kontos. Die Zahlung an den/die Begünstigten wird in der Regel binnen fünf Tagen nach dieser Kontobelastung angeordnet;

— stützen sich auf Erklärungen der vom Begünstigten getätigten Ausgaben. Solche Erklärungen betreffen ausschließlich Projekte, die nach Erlass der Entscheidung der Kommission gemäß Artikel 3 Absatz 1 ausgewählt, und Ausgaben, die nach diesem Zeitpunkt getätigt wurden.

Die Gemeinschaftsmittel werden gleichzeitig mit den nationalen Mitteln gezahlt. Im Falle von Begünstigten im öffentlichen Sektor kann der nationale Beitrag vor dem Gemeinschaftsbeitrag geleistet werden.

(2) Die insgesamt für die Einzelmaßnahmen und die Zuschüsse auf Projektebene bereitgestellten öffentlichen Mittel müssen auf Ebene der Sapard-Stelle leicht zu ermitteln sein.

(3) Die Sapard-Stelle führt Aufzeichnungen über jede Zahlung, bei denen mindestens folgende Daten erfasst werden:

- Betrag in Landeswährung,
- entsprechender Betrag in Euro.

(4) Von der Sapard-Stelle festgestellte zu hohe Zahlungen und besonders Beträge, die den fälligen Betrag überschreiten, werden unverzüglich im Sapard-Euro-Konto festgehalten und von den Zahlungsanträgen an die Kommission gemäß Artikel 10 in Abzug gebracht.

(5) Der Restbetrag der Unterstützung wird gemäß Artikel 32 Absatz 4 Buchstaben a) und b) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates gezahlt, nachdem die Entscheidungen gemäß den Artikeln 13 und 14 erlassen wurden.

(6) Die Sapard-Stelle sorgt dafür, dass Zahlungsanträge der Begünstigten rechtzeitig bearbeitet werden. In den Fällen, in denen die Zahlung mehr als drei Monate nach Eingang der vollständigen Belegdokumente erfolgt, kann die Kofinanzierung der Gemeinschaft gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 296/96⁽²⁾ gekürzt werden.

⁽¹⁾ ABl. L 226 vom 27.8.1999, S. 23.

⁽²⁾ ABl. L 39 vom 17.2.1996, S. 5.

Artikel 10

Antrag auf eine Zahlung der Gemeinschaft

(1) Die Kommission berücksichtigt ausschließlich Zahlungsanträge, die vierteljährlich von der Sapard-Stelle ausgestellt, nach einem von der Kommission vorgegebenen Muster vorgelegt und vom nationalen Anweisungsbefugten innerhalb eines Monats nach Ablauf des Quartals an die Kommission weitergeleitet werden. Allerdings können zusätzliche Anträge dann eingereicht werden, wenn die Gefahr besteht, dass der Nettosaldo des Sapard-Euro-Kontos ausgeschöpft wird, bevor der nächste vierteljährliche Antrag bearbeitet wurde.

(2) Die Anträge müssen mindestens folgende Angaben enthalten:

- die Höhe der von der Sapard-Stelle im vorangegangenen Quartal an die Begünstigten gezahlten Beträge in Landeswährung und in Euro, aufgeschlüsselt nach Maßnahmen und nach dem nationalen und dem gemeinschaftlichen Beitrag,
- die nach der letzten Abbuchung noch auf dem Sapard-Euro-Konto verbleibenden Gemeinschaftsmittel,
- Einzelheiten zu noch ausstehenden Forderungen.

(3) Die Kommission prüft die Zahlungsanträge unter Berücksichtigung der Bedingungen des Artikels 32 Absatz 3 Buchstaben b), c), e) und f) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999.

(4) Vorbehaltlich der Prüfung gemäß Absatz 3 werden die gemeldeten Ausgaben von der Kommission grundsätzlich innerhalb von zwei Monaten nach Eingang eines gültigen Zahlungsantrags erstattet.

Artikel 11

Wechselkurs und Zinsen

(1) Für die Umrechnung zwischen Euro und Landeswährung wird der von der Europäischen Zentralbank veröffentlichte Wechselkurs verwendet.

- Für Zahlungen der Sapard-Stelle gilt der Kurs, der am zweitletzten Arbeitstag der Kommission des Monats veröffentlicht wurde, der dem Monat vorausging, in dem die betreffende Ausgabe in den Büchern der Sapard-Stelle verbucht wurde. Die Zahlung wird unter dem Datum des Tages verbucht, an dem die Zahlung an den Begünstigten angeordnet wird;
- für zu hohe Zahlungen der Sapard-Stelle gilt der Kurs, der am zweitletzten Arbeitstag der Kommission des Monats veröffentlicht wurde, der dem Monat vorausging, in dem die zu hohe Zahlung erstmals festgestellt wurde;
- für Beträge, die in den Rechnungsabschluss- und Konformitätsentscheidungen festgesetzt werden, gilt der Kurs, der am zweitletzten Arbeitstag der Kommission des Monats veröffentlicht wurde, der dem Monat vorausging, in dem die Entscheidung erlassen wurde.

(2) Bei einer Überschreitung der in Artikel 13 Absatz 5 und Artikel 14 Absatz 4 genannten Fristen werden auf ausstehende Beträge Zinsen in Höhe des von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Euribor für Dreimonatseinlagen zuzüglich eineinhalb Prozentpunkte erhoben. Bei diesem Zinssatz handelt es sich um den Monatsdurchschnitt in dem Monat, in dem die betreffende Entscheidung übermittelt wurde.

(3) Die Zinserträge des Sapard-Euro-Kontos werden ausschließlich für das Programm verwendet. Auf diese Zinserträge dürfen außer Steuern keine Abgaben erhoben werden.

Artikel 12

Maßnahmen auf Initiative der Kommission

In den Fällen, in denen die Kommission dem Bewerberland die jährliche Mittelzuweisung gemäß Artikel 7 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 nicht gewährt, trifft die Kommission eine Ad-hoc-Entscheidung über die Verwendung der nicht zugewiesenen Mittel.

Artikel 13

Rechnungsabschlussentscheidung

(1) Unbeschadet der Entscheidungen gemäß Artikel 14 erstellt das Bewerberland für jedes Haushaltsjahr eine jährliche Ausgabenerklärung nach einem von der Kommission vorgegebenen Muster zusammen mit einer Bescheinigung und einem Prüfbericht gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 1258/1999, Artikel 4 und Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a), c), e) und Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95. Diese werden der Kommission vom nationalen Anweisungsbefugten übermittelt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Unterlagen sind der Kommission bis zum 30. April des Jahres vorzulegen, das auf das betreffende Haushaltsjahr folgt.

Es gelten die Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 1 erster und vorletzter Satz, Absatz 2 Buchstabe c) sowie Absätze 3 und 4 der Verordnung (EG) Nr. 296/96. Für das Haushaltsjahr „n“ werden sämtliche Transaktionen berücksichtigt, die im Haushaltsjahr „n“ in den Büchern der Sapard-Stelle verbucht wurden.

(3) Die Kommission schließt vor dem 30. September des auf das betreffende Haushaltsjahr folgenden Jahres die Rechnungen der Sapard-Stelle gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1258/1999 und Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 ab, nachstehend die „Rechnungsabschlussentscheidung“ genannt. Die Rechnungsabschlussentscheidung umfasst auch den Rechnungsabschluss des Sapard-Euro-Kontos. Außerdem werden damit die Beträge abgeschlossen, die gemäß Artikel 9 Absatz 4 und Artikel 11 Absatz 3 dem Sapard-Euro-Konto gutzuschreiben sind.

(4) Die Kommission teilt dem Bewerberland vor dem 31. Juli des Jahres, das auf das Haushaltsjahr folgt, die Ergebnisse ihrer Überprüfungen der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Informationen mit. Kann die Kommission aus Gründen, die von dem Bewerberland zu vertreten sind, dessen Rechnungen nicht vor dem 30. September abschließen, so benachrichtigt sie das Bewerberland über die Untersuchungen, die sie vorschlägt vorzunehmen.

(5) Der mit der Rechnungsabschlussentscheidung festgelegte Betrag wird grundsätzlich einer der nachfolgenden Zahlungen der Kommission an das Bewerberland zugerechnet bzw. davon abgezogen. In den Fällen allerdings, in denen der mit dieser Entscheidung festgelegte, abzuziehende Betrag die Höhe der möglichen nachfolgenden Zahlungen übersteigt, wird der über den Restbetrag hinausgehende Betrag der Kommission innerhalb von zwei Monaten nach Mitteilung der Entscheidung in Euro gutgeschrieben. Die Kommission kann jedoch in Einzelfällen beschließen, den ihr gutzuschreibenden Betrag auf andere Zahlungen anzurechnen, die sie dem Bewerberland im Rahmen eines anderen Gemeinschaftsinstruments zu leisten hat.

*Artikel 14***Konformitätsentscheidung**

(1) Die Kommission kann entscheiden, Ausgaben von der Gemeinschaftsfinanzierung auszuschließen, wenn diese ihres Erachtens nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 1 getätigt wurden, nachstehend „Konformitätsentscheidung“ genannt.

(2) Die Konformitätsprüfung wird gemäß den für die Anwendung von Artikel 7 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1258/1999 und Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 1663/95 geltenden Mechanismen und Verfahren vorgenommen.

(3) Eine Finanzkorrektur kann in der Form erfolgen, dass in den Fällen, in denen die Sapard-Stelle keine ordnungsgemäßen Kontrollen festgelegt oder durchgeführt hat, pauschale Berichtungen vorgenommen werden, und dass es abgelehnt wird, die vorgesehene Finanzkorrektur mit Ausgaben für andere Projekte zu verrechnen.

(4) Der laut der Konformitätsentscheidung gemäß Absatz 1 wiedereinzuziehende Betrag wird dem nationalen Anweisungsbefugten mitgeteilt, der dafür sorgt, dass der Kommission binnen zwei Monaten nach Mitteilung der Entscheidung der Betrag in Euro gutgeschrieben wird. Der in der Entscheidung

festgelegte Betrag darf dem Sapard-Programm nicht wieder zugewiesen werden. Die Kommission kann jedoch in Einzelfällen beschließen, den ihr gutzuschreibenden Betrag auf andere Zahlungen anzurechnen, die sie dem Bewerberland im Rahmen eines anderen Gemeinschaftsinstruments zu leisten hat.

*Artikel 15***Vorschriften für die Aufzeichnungen und Kontrolle**

(1) Die Sapard-Stelle und der Nationale Fonds halten die Unterlagen während eines Zeitraums von fünf Jahren nach der letzten Zahlung an den Begünstigten zur Verfügung der Kommission.

(2) Werden Kontrollen im Rahmen von Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 vorgenommen, so gelten die Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 ⁽¹⁾ sowie Artikel 8 Absätze 1 und 2 und Artikel 9 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 1258/1999 mutatis mutandis für die Durchführung des Sapard-Programms.

(3) Es wird von den Bewerberländern verlangt werden, die in der Verordnung (EG) Nr. 1681/94 ⁽²⁾ der Kommission enthaltenen Regeln betreffend Unregelmäßigkeiten und die Einrichtungen eines einschlägigen Informationssystems anzuwenden.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. Juni 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 2.

⁽²⁾ ABl. L 178 vom 12.7.1994, S. 43.

ANHANG

FUNKTIONEN UND KRITERIEN FÜR DIE ZULASSUNG ALS SAPARD-STELLE

1 FUNKTIONEN

Die Sapard-Stelle hat bezüglich der Ausgaben im Rahmen von Sapard folgende Hauptfunktionen:

- 1.1 Bewilligung von Mittelbindungen und Zahlungen: Diese Funktion besteht in der Feststellung des Betrags, der einem Antragsteller oder Leistungserbringer in Übereinstimmung mit den Regeln der Finanzierungsvereinbarung, insbesondere den Vorschriften über die Zulässigkeit von Genehmigungsanträgen und Zahlungsforderungen, den Vorschriften über die Übereinstimmung mit den in der Genehmigung des entsprechenden Projekts vorgesehenen Mittelbindung, den Vorschriften über Ausschreibungs- und Auftragsvergabeverfahren sowie den Vorschriften über die Überprüfung der durchgeführten Arbeiten oder der erbrachten Leistungen, zu zahlen ist.
- 1.2 Ausführung der Zahlungen: Diese Funktion besteht in der Erteilung einer Anweisung an das Finanzinstitut der Sapard-Stelle oder gegebenenfalls an eine staatliche Zahlstelle, dem Antragsteller oder Leistungserbringer (oder deren Bevollmächtigten) den bewilligten Betrag auszuzahlen.
- 1.3 Verbuchung der Mittelbindungen und Zahlungen: Diese Funktion besteht in der Eintragung der Mittelbindung und Zahlung in der üblicherweise auf EDV-Träger unterhaltenen, gesonderten Buchführung der Sapard-Stelle sowie in der Erstellung periodischer Ausgabenübersichten, einschließlich der periodischen und der jährlichen Erklärungen an die Kommission. Die Buchführung verzeichnet ferner noch ausstehende Forderungen.
- 1.4 Kontrolle: Diese Funktion besteht in der Überprüfung der Vorgänge, auf denen die Anträge und Forderungen beruhen, um festzustellen, ob diese mit der Finanzierungsvereinbarung sowie den Vorschriften und Bedingungen der Mittelbindungen übereinstimmen. Diese Kontrolle umfasst gegebenenfalls Kontrollen im Vorfeld der Projektauswahl, Nachmessungen, Kontrollen der Menge und Qualität der gelieferten Waren bzw. der erbrachten Leistungen, Analysen oder Stichprobenkontrollen, Überprüfungen im Vorfeld der Zahlungen und jegliche besondere Auflage der Finanzierungsvereinbarung in Bezug auf die Zuschussfähigkeit von Ausgaben u. Ä. Um die Zuschussfähigkeit zu ermitteln, sind für Kontrollzwecke gegebenenfalls technische Überprüfungen vorzunehmen, wie die Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und spezielle landwirtschaftliche, technische oder wissenschaftliche Kontrollen.
- 1.5 Berichterstattung: Diese Funktion soll gewährleisten, dass über die Fortschritte der einzelnen Projekte und Maßnahmen in einer Weise berichtet wird, die sicherstellt, dass die Maßnahmen tatsächlich und effizient durchgeführt werden.

2 KRITERIEN

- 2.1 Die Verwaltungsstruktur der Sapard-Stelle muss eine Trennung der drei Funktionen Bewilligung, Ausführung und Verbuchung vornehmen, wobei hierfür jeweils eine gesonderte Verwaltungseinheit geschaffen wird, deren spezielle Aufgaben in einem Organisationsplan festgelegt sind.
- 2.2 Die Sapard-Stelle wendet die folgenden Verfahren bzw. sonstige Verfahren an, die gleichwertige Garantien bieten:
 - 2.2.1 Die Sapard-Stelle legt schriftlich ausführliche Verfahrensvorschriften für die Einreichung, die Erfassung und die Bearbeitung von Anträgen auf die Genehmigung von Projekten, Forderungen, Rechnungen sowie für Belegdokumente und Kontrollberichte fest, wobei alle Unterlagen zu beschreiben sind, die bei diesen Verfahren Verwendung finden.

Diese Verfahren müssen gewährleisten, dass nur Zahlungsforderungen oder ausgewählte Projekte bearbeitet werden, die den Kriterien genügen.
 - 2.2.2 Die Aufgaben müssen so verteilt sein, dass kein Bediensteter zu irgendeinem Zeitpunkt und im Rahmen irgendeines Projekts für mehr als eine der drei Funktionen der Projektgenehmigung, Zahlungsbewilligung, Zahlung oder Verbuchung von Beträgen zuständig ist und dass kein Bediensteter eine dieser Funktionen ausübt, ohne dass seine Arbeit der Aufsicht eines zweiten Bediensteten untersteht. Die Zuständigkeiten eines jeden Bediensteten einschließlich der finanziellen Obergrenzen für seine Entscheidungsbefugnis sind schriftlich festzulegen. Für einschlägige Ausbildungsmaßnahmen ist zu sorgen. Für das an sensiblen Punkten eingesetzte Personal ist entweder im Rahmen der Personalpolitik eine Rotation oder eine verstärkte Dienstaufsicht vorzusehen.
 - 2.2.3 Jedem für Bewilligungen zuständigen Bediensteten muss eine umfassende Prüfliste über die von ihm durchzuführenden Kontrollen vorliegen, und er hat den Belegdokumenten zu der jeweiligen Forderung eine Bescheinigung darüber beizufügen, dass die genannten Kontrollen vorgenommen worden sind. Diese Bescheinigung kann in elektronischer Form erfolgen, sofern die Bedingungen gemäß Ziffer 2.2.6 eingehalten werden.

Die Tätigkeiten aller Bediensteten sind von Dienstvorgesetzten nachweislich nachzuprüfen. Die Analyse, Bewertung und Genehmigung der Projekte ist schriftlich zu protokollieren. Der Analyse der Projekte sind die Grundsätze einer wirtschaftlichen Haushaltsführung zugrunde zu legen.

2.2.4 Anträge oder Forderungen sind erst zu bewilligen, nachdem hinreichend kontrolliert wurde, ob sie mit den Finanzierungsvereinbarungen und dem Inhalt der Sapard-Programme im Einklang stehen. Dies umfasst zum einen die Kontrollen, die in den Bestimmungen über die spezifischen Maßnahmen vorgesehen sind, in deren Rahmen die Beihilfe beantragt wird, und zum anderen die Kontrollen, die erforderlich sind, um unter besonderer Berücksichtigung der bestehenden Risiken Betrugshandlungen und Unregelmäßigkeiten zu verhindern oder aufzudecken.

Im Rahmen der Bewilligungsfunktion sind Anträge auf die Beachtung der Vorschriften und Bedingungen, die Begründetheit, die Vollständigkeit der Unterlagen, die Richtigkeit der Belegdokumente, das Eingangsdatum usw. hin zu überprüfen.

Die vorgeschriebenen Kontrollen müssen in einer Prüfliste aufgeführt sein, und ihre Durchführung ist für die einzelnen Anträge/Forderungen oder für jede Gruppe von Anträgen oder Forderungen zu bescheinigen.

Die Kontrolle von erbrachten Leistungen bzw. gelieferten Waren umfasst

- eine Dokumentenkontrolle, um sicherzustellen, dass die auf der Rechnung eingetragenen Angaben zur Menge, Qualität und zum Preis der Waren oder Leistungen mit der Bestellung übereinstimmen,
- eine Warenkontrolle, um sicherzustellen, dass die Menge und Qualität der Waren oder Leistungen mit den Angaben der Rechnung/der Forderung übereinstimmen.

Die Erbringung von Leistungen kann auch fortlaufend kontrolliert werden, beispielsweise zum Zeitpunkt der ersten Zahlung oder wenn Zwischenzahlungen getätigt werden.

2.2.5 Durch entsprechende Verfahren ist sicherzustellen, dass Zahlungen ausschließlich an den Antragsteller, auf dessen Bankkonto oder an den Bevollmächtigten des Antragstellers geleistet werden. Innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Verbuchung zu Lasten des Sapard-Euro-Kontos wird die Zahlungsüberweisung durch das Finanzinstitut der Sapard-Stelle, gegebenenfalls durch eine staatliche Kassenstelle oder durch auf dem Postweg übersandten Scheck ausgeführt. Durch entsprechende Verfahren ist sicherzustellen, dass die Zahlungsbeträge aller nicht ausgeführten Überweisungen oder nicht eingelöster Schecks dem Sapard-Euro-Konto wieder gutgeschrieben werden. Barzahlungen sind nicht zulässig. Die Genehmigung des Anweisungsbefugten und/oder seines Dienstvorgesetzten kann in elektronischer Form erfolgen, soweit bei den betreffenden EDV-Einrichtungen ein entsprechendes Sicherheitsniveau gewährleistet ist und die Identität des Unterzeichners in den elektronischen Aufzeichnungen festgehalten wird.

2.2.6 Werden Anträge, Forderungen oder Rechnungen rechnergestützt bearbeitet, so ist der Zugang zu dem EDV-System derart zu schützen und zu kontrollieren, dass

- alle in das System eingegebenen Daten gründlich validiert werden, um Eingabefehler aufdecken und berichtigen zu können;
- Daten nur von hierzu ermächtigten Bediensteten eingegeben, geändert oder validiert werden dürfen, denen persönliche Passwörter zugeteilt worden sind;
- die Identität eines jeden Bediensteten, der Daten oder Programme eingibt oder ändert, in ein Logbuch eingetragen wird. Zur Vermeidung von Missbrauch sind die Passwörter regelmäßig zu ändern. Die EDV-Systeme sind im Wege physischer Kontrollen gegen einen unbefugten Zugang zu schützen, und von den Daten müssen Sicherungskopien erstellt werden, die an einem gesonderten geschützten Ort aufzubewahren sind. Die eingegebenen Daten sind auf ihre Plausibilität hin zu testen, um widersprüchliche oder ungewöhnliche Daten aufzuspüren.

2.2.7 Durch entsprechende Verfahren ist sicherzustellen, dass Änderungen von Fördersätzen oder Vorschriften und Bedingungen für die Gewährung von Beihilfen erfasst und die Anweisungen, Datenbasen und Prüflisten rechtzeitig auf den neuesten Stand gebracht werden.

2.3 Die Bewilligungs- und/oder Kontrollfunktion kann anderen Einrichtungen übertragen werden, sofern die nachstehenden Bedingungen erfüllt sind:

2.3.1 Die Zuständigkeiten und Pflichten dieser anderen Einrichtungen, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle und Überprüfung der Einhaltung der Finanzierungsvereinbarung, sind eindeutig definiert.

2.3.2 Die Einrichtungen müssen über wirksame Systeme verfügen, um ihre Aufgaben in zufriedenstellender Weise wahrnehmen zu können.

2.3.3 Die Einrichtungen müssen der Sapard-Stelle gegenüber ausdrücklich bestätigen, dass sie ihren Aufgaben tatsächlich nachkommen, und die hierzu eingesetzten Mittel beschreiben.

2.3.4 Die Sapard-Stelle wird regelmäßig und so rechtzeitig über die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen unterrichtet, dass stets beurteilt werden kann, ob diese Kontrollen ausreichend waren, bevor ein Zahlungsantrag bewilligt und beglichen bzw. eine Rechnung bezahlt wird. Die durchgeführten Arbeiten werden ausführlich in einem Bericht beschrieben, der jedem Antrag und jeder Forderung bzw. jeder Gruppe von Anträgen und Forderungen beigefügt wird, oder gegebenenfalls in einem Bericht, der ein ganzes Rechnungsjahr abdeckt. Dem Bericht liegt eine Bescheinigung über die Begründetheit der genehmigten Anträge und Forderungen sowie über Art, Umfang und Grenzen der verrichteten Arbeiten bei. Etwaige Waren- und/oder Verwaltungskontrollen sind aufzuführen und die Kontrollverfahren, die Ergebnisse aller Überprüfungen sowie die Maßnahmen zu beschreiben, die im Hinblick auf die festgestellten Abweichungen und Unregelmäßigkeiten getroffen wurden. Die der Sapard-Stelle vorgelegten Belegdokumente müssen hinreichende Gewähr dafür bieten, dass alle notwendigen Kontrollen erfolgt sind, um die Begründetheit der Forderungen oder Rechnungen zu gewährleisten, deren Zahlung bewilligt wurde.

- 2.3.5 Bevor die Sapard-Stelle ein Projekt genehmigt oder eine Ausgabe erstattet, muss sie sich davon überzeugt haben, dass die Verfahren der anderen Einrichtungen den Kriterien dieses Anhangs genügen.
- 2.3.6 Die Kriterien für die Beurteilung von Anträgen und ihre Rangfolge sind klar festzulegen und zu dokumentieren.
- 2.3.7 Werden Unterlagen zu bewilligten Forderungen, getätigten Ausgaben und durchgeführten Kontrollen bei den anderen Einrichtungen aufbewahrt, so muss durch geeignete, von diesen Einrichtungen und der Sapard-Stelle festgelegte Verfahren sichergestellt werden, dass der Ablageort aller derartigen Dokumente, die für besondere von der Sapard-Stelle getätigte Zahlungen bedeutsam sind, bekannt ist und die Dokumente zur Einsichtnahme in den Amtsräumen der Sapard-Stelle verfügbar gemacht werden können, wenn Personen oder Einrichtungen dies wünschen, die gewöhnlich zur Einsicht berechtigt sind. Zu diesen gehören
- die Bediensteten der Sapard-Stelle, die den Antrag bearbeiten;
 - der Innenrevisionsdienst der Sapard-Stelle;
 - die bescheinigende Stelle, die die Jahreserklärung der Sapard-Stelle beglaubigt;
 - entsprechend beauftragte Bedienstete der Europäischen Union.
- 2.3.8 Zwischen der Sapard-Stelle und den Einrichtungen, denen die Sapard-Stelle bestimmte Funktionen übertragen hat, sind schriftliche Vereinbarungen zu treffen. In solchen Vereinbarungen ist eindeutig festzuhalten, welche Funktionen die entsprechende Einrichtung übernimmt und welche Belegdokumente und Berichte sie innerhalb vorgegebener Fristen an die Sapard-Stelle übermittelt. Das Gesamtsystem einschließlich der an andere Einrichtungen delegierten Funktionen sind in einem Organisationsplan festzuhalten.
- In der Vereinbarung ist vorzusehen, dass Bediensteten der Kommission und des Rechnungshofs Zugang zu den Aufzeichnungen dieser Einrichtungen zu gewähren ist und dass diese Bediensteten berechtigt sind, Anträge zu überprüfen und die Projekte und Beihilfempfangler zu kontrollieren.
- 2.4 Die Buchführungsverfahren müssen eine Gewähr dafür bieten, dass die der Kommission übermittelten Ausgabenerklärungen vollständig und richtig (richtiges Projekt oder richtige Kontobezeichnung) sind, dass sie rechtzeitig erfolgen und dass etwaige Fehler oder Auslassungen entdeckt und berichtigt werden, insbesondere durch Überprüfungen und Abgleiche, die in Zeitabständen von höchstens drei Monaten stattfinden.
- Die Buchführungsverfahren der Sapard-Stelle gewährleisten, dass das Buchführungssystem für jedes Regionalbüro, jedes Projekt, jeden Vertrag oder jede Maßnahme/Teilmaßnahme in Euro und in Landeswährung einen Überblick über die Gesamtkosten, die getätigten Ausgaben, Teilzahlungen und Restzahlungen geben kann. Für die Fälle, in denen Arbeiten nicht bis zum vereinbarten Termin abgeschlossen werden, sind Fristen für die Streichung der Mittelbindungen festzusetzen. Diese Streichungen sind in geeigneter Weise im Buchführungssystem zu erfassen.
- 2.5 Die Sapard-Stelle verfügt über einen Innenrevisionsdienst. Die Aufgabe dieser Dienststelle bzw. gleichwertiger Verfahren liegt darin sicherzustellen, dass das interne Kontrollsystem der Sapard-Stelle wirksam funktioniert. Der Innenrevisionsdienst muss von den anderen Abteilungen der Sapard-Stelle unabhängig und der Leitung dieser Stelle unmittelbar unterstellt sein. Der Innenrevisionsdienst kontrolliert, ob die von der Sapard-Stelle geschaffenen Verfahren geeignet sind sicherzustellen, dass die Anträge mit dem Programm und der Finanzierungsvereinbarung übereinstimmen, und ob die Buchführung richtig und vollständig ist und sich auf dem neuesten Stand befindet. Die Kontrollen können sich auf ausgewählte Maßnahmen/Teilmaßnahmen und Stichproben von Geschäftsvorgängen beschränken, sofern durch ein Prüfprogramm sichergestellt wird, dass alle bedeutenden Bereiche, einschließlich der für die Bewilligung zuständigen Dienststellen/Einrichtungen und der Dienststellen, denen Aufgaben übertragen wurden, innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Jahren überprüft werden. Die Arbeiten des Innenrevisionsdienstes sind nach international anerkannten Prüfstandards durchzuführen und in Protokollen festzuhalten und müssen in Berichte und Empfehlungen an die Leitung der Sapard-Stelle münden. Die Prüfprogramme und -berichte sind der bescheinigenden Stelle und den zur Durchführung von finanziellen Prüfungen beauftragten Bediensteten der Europäischen Union zwecks ausschließlicher Beurteilung der Wirksamkeit der Innenrevision zur Verfügung zu stellen.
- 2.6 Die Regeln für die Vergabe von Dienstleistungs-, Bau- und Lieferaufträgen öffentlicher Einrichtungen im Bewerberland entsprechen den Regeln des Handbuchs der Kommission ⁽¹⁾ „Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge im Rahmen der Zusammenarbeit der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern“, ausgenommen das Erfordernis der vorherigen Genehmigung durch die Kommission.
- 2.7 Dienstleistungen, Bauarbeiten, Ausrüstungsgüter und Waren, die von Privatunternehmen erbracht bzw. geliefert werden, müssen aus der Gemeinschaft oder den in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 genannten Ländern stammen. Dies gilt auch für Waren und Ausrüstungsgüter, die der Auftragnehmer zur Erfüllung eines Werk- oder Dienstleistungsauftrags erwirbt, wenn diese Waren und Ausrüstungsgüter nach Abschluss des Auftrags Eigentum des Projekts werden sollen.
- 2.8 Insbesondere für verfallene Sicherheiten, zurückgezahlte Zahlungen u. Ä. richtet die Sapard-Stelle ein System ein, mit dem alle dem Sapard-Euro-Konto zustehenden Beträge ausgewiesen werden und die entsprechenden Forderungen bis zum Zahlungseingang in einem Debitorenkonto verzeichnet werden. Das Debitorenkonto ist regelmäßig mit dem Ziel zu überprüfen, die Einziehung überfälliger Forderungen einzuleiten.

⁽¹⁾ Sek(1999) 1801 endg. „Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge im Rahmen der Zusammenarbeit der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern“.

- 2.9 Die Sapard-Stelle trägt dafür Sorge, dass alle potentiellen Projektleiter/Projektträger über die bereitstehenden Fördermittel unterrichtet werden, um aus einer möglichst großen Zahl potentieller Projektmanager/Projektträger auswählen zu können. Bevor die Regelung anläuft, sind Standardantragsformulare anzufertigen, die klare Anweisungen für das Ausfüllen des Formulars sowie die Förderbedingungen enthalten.
- 2.10 Die Anträge der Begünstigten sind rechtzeitig zu bearbeiten.
- 2.11 Die Sapard-Stelle richtet geeignete Verfahren ein, um über den Fortgang der einzelnen Projekte und Maßnahmen und deren Annäherung an die zuvor festgelegten Indikatoren zu berichten. Diese Indikatoren werden erforderlichenfalls mit Zustimmung des Begleitausschusses geändert.

In Fällen, in denen sich die Verwirklichung der gesetzten Ziele verzögert, sind geeignete Maßnahmen zu treffen. Sämtliche getroffenen Maßnahmen sind ordnungsgemäß zu protokollieren.

Für eine rasche Berichterstattung über die Projekte und Maßnahmen ist ein geeignetes Managementinformationssystem einzusetzen. Die Berichte sind der Verwaltungsbehörde, dem Verwaltungsausschuss und der Kommission auf Wunsch zur Verfügung zu stellen.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2223/2000 DER KOMMISSION
vom 6. Oktober 2000
zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 65/82 mit Durchführungsbestimmungen zur Übertragung von Zucker auf das folgende Wirtschaftsjahr

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 des Rates vom 13. September 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker ⁽¹⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1527/2000 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere Artikel 32 Absatz 4 —

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Aufgrund von Artikel 32 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 kann ein zuckererzeugendes Unternehmen beschließen, die Erzeugung von A- und B-Zucker, der in Anwendung des Artikels 26 Absatz 5 C-Zucker geworden ist, teilweise oder ganz auf das nachfolgende Wirtschaftsjahr zu übertragen, wobei diese Übertragung auf die Erzeugung während dieses Wirtschaftsjahres angerechnet wird.
- (2) Die Durchführungsbestimmungen in der Verordnung (EWG) Nr. 65/82 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 260/96 ⁽⁴⁾, gelten für die Übertragung gemäß Artikel 32 Absatz 1 erster Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999. Sie decken die neu eingeführte Möglichkeit, C-Zucker zu übertragen, ab, es ist aber noch darauf hinzuweisen, dass für diese Übertragung die Mengenbegrenzung gemäß Artikel 32 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 nicht zur Anwendung kommt. Daher muss die Verordnung (EWG) Nr. 65/82 entsprechend angepasst werden.

- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 65/82 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:
„Für die Übertragung gemäß Artikel 32 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 kann sich dieser Beschluss des Unternehmens höchstens auf eine Menge erstrecken, die 20 v. H. seiner A-Quote für das Wirtschaftsjahr entspricht, in dem der betreffende Zucker erzeugt worden ist.“
2. Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b) erhält folgende Fassung:
„b) die zu übertragende Menge an B- oder C-Zucker, ausgedrückt in Weißzucker, jeweils aufgeteilt auf:
— die Übertragung gemäß Artikel 32 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999;
— die Übertragung gemäß Artikel 32 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 6. Oktober 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 252 vom 25.9.1999, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 175 vom 14.7.2000, S. 59.

⁽³⁾ ABl. L 9 vom 14.1.1982, S. 14.

⁽⁴⁾ ABl. L 34 vom 13.2.1996, S. 16.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2224/2000 DER KOMMISSION**vom 6. Oktober 2000****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2138/97 zur Abgrenzung der homogenen Erzeugungsgebiete für Olivenöl**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2702/1999⁽²⁾,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2261/84 des Rates vom 17. Juli 1984 mit Grundregeln für die Gewährung der Erzeugungsbeihilfe für Olivenöl und für die Olivenölherzeugerorganisationen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1639/98⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 19,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 2261/84 werden die Oliven- und die Ölstränge auf der Grundlage der von den Erzeugermitgliedstaaten übermittelten Angaben nach homogenen Erzeugungsgebieten festgesetzt.
- (2) Die homogenen Erzeugungsgebiete sind im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 2138/97 der Kommission vom 30. Oktober 1997 zur Abgrenzung der homogenen Erzeugungsgebiete für Olivenöl⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2075/98⁽⁶⁾, aufgeführt. Aus administrativen und strukturellen Gründen sind bei diesen Gebieten insbesondere in Italien und Spanien für das Wirtschaftsjahr 1999/2000 Änderungen vorzunehmen.
- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Fette —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang der Verordnung (EG) Nr. 2138/97 wird wie folgt geändert:

1. Buchstabe A wird durch den Anhang dieser Verordnung ersetzt.

2. Buchstabe D, „Comunidad autónoma Aragón“:

a) Provinz „Zaragoza“:

- Die Gemeinden „Los Pintanos“, „Sobradriel“, „Añón“, „Albeta“, „El Burgo de Ebro“ und „Utebo“ werden Gebiet 1 zugeordnet,
- die Gemeinden „Aladrén“, „Atea“, „Fuentes de Jiloca“, „Malanquilla“, „Mara“, „Montón“, „Murero“, „Nuévalos“, „Villarroya de la Sierra“ und „Velilla de Jiloca“ werden Gebiet 2 zugeordnet,
- die Gemeinde „Cuarte de Huerva“ wird Gebiet 3 zugeordnet,
- die Gemeinden „Añón“, „Remolinos“, „Bórboles“, „Murillo de Gallego“ und „Pinseque“ werden Gebiet 4 zugeordnet,
- die Gemeinden „Abanto“, „Montón“, „Ruesca“, „Villarroya de la Sierra“, „Belmonte de Calatayud“, „Cervera de la Cañada“ und „Salillas de Jalón“ werden Gebiet 5 zugeordnet,
- die Gemeinden „Cuarte de Huerva“, „Alborge“ und „Velilla de Ebro“ werden Gebiet 6 zugeordnet;

b) Provinz „Teruel“:

- die Gemeinde „Plou“ wird Gebiet 3 zugeordnet,
- die Gemeinden „La Cerollera“, „La Codoñera“, „Lledo“, „Las Parras de Castellote“ und „Torrevelilla“ werden Gebiet 4 zugeordnet;

c) Provinz „Huesca“:

- die Gemeinde „Albero Bajo“ wird Gebiet 2 zugeordnet,
- die Gemeinden „Abizanda“, „Arén“, „Argavieso“, „Azara“, „Azlor“, „Baells“, „Barcabo“, „Benabarre“, „Casbas de Huesca“, „Estopiñán del Castillo“, „La Fueva“, „Graus“, „Isabena“, „Loporzano“, „Loscorrales“, „Lupiñen-Ortilla“, „Piracés“, „Salas Altas“, „Salillas“, „Senés de Alcubierre“, „Tardienta“, „Torralba de Aragón“ und „Torres de Alcanadre“ werden Gebiet 5 zugeordnet.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.⁽¹⁾ ABl. 172 vom 30.9.1966, S. 3025/66.⁽²⁾ ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 7.⁽³⁾ ABl. L 208 vom 3.8.1984, S. 3.⁽⁴⁾ ABl. L 210 vom 28.7.1998, S. 38.⁽⁵⁾ ABl. L 297 vom 31.10.1997, S. 3.⁽⁶⁾ ABl. L 265 vom 30.9.1998, S. 10.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Oktober 2000

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANEXO — BILAG — ANHANG — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ — ANNEX — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANEXO —
LIITE — BILAGA

„A. ITALIA — ITALIEN — ITALIEN — ΙΤΑΛΙΑ — ITALY — ITALIE — ITALIA — ITALIË — ITÁLIA — ITALIA —
ITALIEN

Imperia:

1. (*)

Genova:

1. (*)

La Spezia:

1. (*)

Brescia:

1. (*)

2. Gardone Riviera, Gargnano, Limone sul Garda, Salò, Tignale, Toscolano-Maderno, Tremosine.

Verona:

1. (*)

Pesaro:

1. Barchi, Cartoceto, Colbordolo, Fano, Fossombrone, Fratte Rosa, Gabicce Mare, Gradara, Isola del Piano, Mombaroccio, Mondavio, Mondolfo, Monte Porzio, Monteciccardo, Montefelcino, Montelabbate, Montemaggiore al Metauro, Orciano di Pesaro, Pesaro, Piagge, Saltara, San Costanzo, San Giorgio di Pesaro, Sant'Angelo in Lizzola, Sant'Ippolito, Serrungarina, Tavullia.

2. (*)

Ancona:

1. (*)

Ascoli Piceno:

1. (*)

Massa Carrara:

1. (*)

Lucca:

1. (*)

Pistoia:

1. (*)

Firenze:

1. (*)

Prato:

1. (*)

Livorno:

1. (*)

Pisa:

1. (*)

Arezzo:

1. (*)

Siena:

1. Abbadia San Salvatore, Castiglione d'Orcia, Montalcino, Piancastagnaio, Pienza, San Giovanni d'Asso, San Quirico d'Orcia, Sarteano.
2. (*)

Grosseto:

1. Arcidosso, Castel del Piano, Castell'Azzara, Cinigiano, Monterotondo Marittimo, Montieri, Roccalbegna, Santa Fiora, Seggiano, Semproniano.
2. (*)
3. Capalbio, Castiglione delta Pescaia, Follonica, Grosseto, Isola del Giglio, Monte Argentario, Orbetello, Scarlino.

Perugia:

1. Bastia, Bettona, Bevagna, Cannara, Cascia, Castel Ritaldi, Castiglione del Lago, Cerreto di Spoleto, Citerna, Città della Pieve, Città di Castello, Collazzone, Corciano, Costacciaro, Deruta, Fossato di Vico, Fratta Todina, Giano dell'Umbria, Gualdo Cattaneo, Gualdo Tadino, Gubbio, Lisciano Niccone, Magione, Marsciano, Massa Martana, Monte Castello di Vibio, Monte Santa Maria Tiberina, Montefalco, Monteleone di Spoleto, Montone, Nocera Umbra, Norcia, Paciano, Panicale, Passignano sul Trasimeno, Perugia, Piegara, Pietralunga, Poggiodomo, Preci, San Giustino, Sant'Anatolia di Narco, Scheggia e Pascelupo, Scheggino, Sellano, Sigillo, Todi, Torgiano, Tuoro sul Trasimeno, Umbertide, Valfabbrica, Vallo di Nera, Valtopina.
2. (*)

Viterbo:

1. (*)
2. Arlena di Castro, Canino, Cellere, Farnese, Ischia di Castro, Montalto di Castro, Tessennano.

Rieti:

1. (*)
2. Castelnuovo di Farfa, Fara in Sabina, Poggio Nativo, Toffia.

Roma:

1. (*)
2. Albano Laziale, Anguillara Sabazia, Anzio, Ardea, Ariccia, Artena, Bracciano, Campagnano di Roma, Canale Monterano, Capena, Casape, Castel Gandolfo, Castel Madama, Castelnuovo di Porto, Cave, Cerveteri, Ciampino, Civitavecchia, Civitella San Paolo, Colleferro, Colonna, Fiano Romano, Filacciano, Fiumicino, Formello, Frascati, Galliciano nel Lazio, Gavignano, Genazzano, Genzano di Roma, Grottaferrata, Guidonia Montecelio, Labico, Ladispoli, Lanuvio, Lariano, Magliano Romano, Manziana, Marcellina, Marino, Mazzano Romano, Mentana, Monte Porzio Catone, Montecompatri, Montelibretti, Monterotondo, Montorio Romano, Moricone, Morlupo, Nazzano, Nemi, Nerola, Nettuno, Olevano Romano, Palestrina, Palombara Sabina, Poli, Pomezia, Ponzano Romano, Riano, Rignano Flaminio, Roma, Sacrofano, San Cesareo, San Gregorio da Sassola, San Polo dei Cavalieri, San Vito Romano, Sant'Angelo Romano, Sant'Oreste, Santa Marinella, Tivoli, Torrita Tiberina, Trevignano Romano, Valmontone, Velletri, Zagarolo.

Latina:

1. (*)

Frosinone:

1. (*)

Caserta:

1. (*)

Benevento:

1. Airola, Amorosi, Arpaia, Bonea, Bucciano, Campoli del Monte Taburno, Castelvete in Val Fortore, Cautano, Cerreto Sannita, Cusano Mutri, Dugenta, Durazzano, Faicchio, Foglianise, Forchia, Fragneto Monforte, Fragneto l'Abate, Frasso Telesino, Ginestra degli Schiavoni, Guardia Sanframondi, Limatola, Melizzano, Moiano, Molinara, Montefalcone di Val Fortore, Montesarchio, Paolisi, Paupisi, Pietraraja, Puglianello, San Lorenzello, San Lorenzo Maggiore, San Lupo, San Salvatore Telesino, Sant'Agata de' Goti, Solopaca, Teleso, Tocco Caudio, Torrecuso, Vitulano.
2. (*)

Napoli:

1. (*)

Avellino:

1. (*)

Salerno:

1. (*)
2. Agropoli, Albanella, Alfano, Altavilla Silentina, Aquara, Auletta, Battipaglia, Bellizzi, Bellosguardo, Buccino, Caggiano, Campagna, Campora, Capaccio, Casal Velino, Casaletto Spartano, Caselle in Pittari, Castel San Lorenzo, Castelvita, Castellabate, Castelnuovo Cilento, Cicerale, Colliano, Controne, Contursi Terme, Corleto Monforte, Cuccaro Vetere, Eboli, Felitto, Futani, Giffoni Valle Piana, Giffoni sei Casali, Gioi, Giungano, Ispani, Laureana Cilento, Laurino, Laurito, Lustra, Magliano Vetere, Moio della Civitella, Montano Antilia, Montecorice, Montecorvino Pugliano, Montecorvino Rovella, Monteforte Cilento, Morigerati, Ogliastro Cilento, Olevano sul Tusciano, Oliveto Citra, Omignano, Orria, Ottati, Palomonte, Perdifumo, Perito, Pertosa, Piaggine, Pollica, Postiglione, Prignano Cilento, Roccadaspide, Roccagloriosa, Rofrano, Romagnano al Monte, Roscigno, Rutino, Sacco, Salento, Salvitelle, San Cipriano Picentino, San Gregorio Magno, San Mauro Cilento, Sant'Angelo a Fasanella, Sarno, Serramezzana, Serre, Sessa Cilento, Sicignano degli Alburni, Stella Cilento, Stio, Torchiara, Torraca, Torre Orsaia, Tortorella, Trentinara, Valle dell'Angelo, Valva, Vibonati.
3. Ascea, Camerota, Cannalonga, Celle di Bulgheria, Centola, Ceraso, Novi Velia, Pisciotta, San Giovanni a Piro, San Mauro la Bruca, Santa Marina, Sapri, Vallo della Lucania.

L'Aquila:

1. (*)

Teramo:

1. (*)
2. Alba Adriatica, Ancarano, Atri, Bellante, Canzano, Castellalto, Castiglione Messer Raimondo, Castilenti, Cellino Attanasio, Colonnella, Controguerra, Corropoli, Giulianova, Martinsicuro, Montefino, Morro d'Oro, Mosciano Sant'Angelo, Nereto, Notaresco, Pineto, Roseto degli Abruzzi, Sant'Omero, Silvi, Torano Nuovo, Tortoreto.

Pescara:

1. (*)
2. Cappelle sul Tavo, Cepagatti, Città Sant'Angelo, Collecervino, Elice, Loreto Aprutino, Montesilvano, Moscufo, Penne, Pescara, Pianella, Picciano, Rosciano, Spoltore, Tocco da Casauria.

Chieti:

1. (*)
2. Archi, Ari, Arielli, Atesa, Bucchianico, Canosa Sannita, Casalanguida, Casalbordino, Casalincontrada, Castel Frentano, Chieti, Crecchio, Cupello, Fossacesia, Francavilla al Mare, Fresagrandinaria, Frisa, Furci, Gissi, Giuliano Teatino, Lanciano, Lentella, Miglianico, Monteodorisio, Mozzagrogna, Orsogna, Ortona, Paglieta, Poggiofiorito, Pollutri, Ripa Teatina, Rocca San Giovanni, San Giovanni Teatino, San Salvo, San Vito Chietino, Santa Maria Imbaro, Scerni, Tollo, Torino di Sangro, Torvecchia Teatina, Treglio, Vacri, Vasto, Villalfonsina, Villamagna.

Campobasso:

1. Campomarino, Colletorto, Guglionesi, Larino, Mafalda, Montecilfone, Montenero di Bisaccia, Palata, Petacciato, Portocannone, Rotello, San Giacomo degli Schiavoni, San Giuliano di Puglia, San Martino in Pensilis, Santa Croce di Magliano, Tavenna, Termoli, Ururi.
2. (*)

Isernia:

1. (*)

Foggia:

1. Cerignola, Margherita di Savoia, Orta Nova, San Ferdinando di Puglia, Stornara, Stornarella, Trinitapoli.
2. Apricena, Chieuti, Lesina, Poggio Imperiale, San Paolo di Civitate, San Severo, Serracapriola, Torremaggiore.
3. Cagnano Varano, Carpino, Ischitella, Manfredonia, Mattinata, Monte Sant'Angelo, Peschici, Rignano Garganico, Rodi Garganico, San Giovanni Rotondo, San Marco in Lamis, Sannicandro Garganico, Vico del Gargano, Vieste.
4. (*)

Bari:

1. Mola di Bari, Monopoli, Polignano a Mare.
2. Andria, Barletta, Bisceglie, Bitonto, Canosa di Puglia, Corato, Giovinazzo, Molfetta, Trani.
3. Acquaviva delle Fonti, Adelfia, Bari, Binetto, Bitetto, Bitritto, Capurso, Casamassima, Cassano delle Murge, Cellamare, Conversano, Grumo Appula, Modugno, Noicattaro, Palo del Colle, Rutigliano, Ruvo di Puglia, Sammichele di Bari, Sannicandro di Bari, Terlizzi, Toritto, Triggiano, Turi, Valenzano.
4. (*)

Taranto:

1. (*)
2. Avetrana, Lizzano, Manduria, Maruggio, Sava, Torricella.

Brindisi:

1. Carovigno, Ceglie Messapico, Cisternino, Fasano, Ostuni, San Michele Salentino, San Vito dei Normanni, Villa Castelli.
2. (*)

Lecce:

1. (*)
2. Aradeo, Bagnolo del Salento, Calimera, Cannole, Caprarica di Lecce, Carpignano Salentino, Castri di Lecce, Castrignano de' Greci, Castro Marino, Copertino, Corigliano d'Otranto, Cursi, Galatina, Galatone, Giuggianello, Giurdignano, Lequile, Leverano, Maglie, Martano, Martignano, Melendugno, Melpignano, Minervino di Lecce, Muro Leccese, Nardò, Neviano, Ortelle, Otranto, Palmariggi, Poggiardo, Porto Cesareo, San Cesario di Lecce, San Donato di Lecce, San Pietro in Lama, Sanarica, Santa Cesarea Terme, Seclì, Sogliano Cavour, Soletto, Sternatia, Surano, Uggiano la Chiesa, Vernole, Zollino.
3. Acquarica del Capo, Alessano, Alezio, Alliste, Andrano, Botrugno, Casarano, Castrignano del Capo, Collepasso, Corsano, Cutrofiano, Diso, Gagliano del Capo, Gallipoli, Matino, Melissano, Miggiano, Montesano Salentino, Morciano di Leuca, Nociglia, Parabita, Patù, Presicce, Racale, Ruffano, Salve, San Cassiano, Sannicola, Scorrano, Specchia, Spongano, Supersano, Taurisano, Taviano, Tiggiano, Tricase, Tuglie, Ugento.

Potenza:

1. (*)
2. Abriola, Albano di Lucania, Anzi, Avigliano, Balvano, Bella, Brienza, Brindisi Montagna, Calvello, Calvera, Campomaggiore, Carbone, Castelgrande, Castelluccio Inferiore, Castelluccio Superiore, Castelmezzano, Castelsaraceno, Castronuovo di Sant'Andrea, Episcopia, Fardella, Grumento Nova, Lagonegro, Latronico, Laurenzana, Lauria, Maratea, Marsico Nuovo, Marsicovetere, Moliterno, Muro Lucano, Paterno, Pescopagano, Picerno, Pietrapertosa, Pignola, Potenza, Rapone, Ruoti, Ruvo del Monte, San Costantino Albanese, San Fele, San Martino d'Agri, San Paolo Albanese, San Severino Lucano, Sant'Angelo le Fratte, Sarconi, Sasso di Castalda, Satriano di Lucania, Savoia di Lucania, Spinoso, Teana, Terranova di Pollino, Tito, Tramutola, Trecchina, Trivigno, Vaglio Basilicata, Viggianello, Viggiano.

Matera:

1. (*)

Cosenza:

1. Calopezzati, Cariati, Corigliano Calabro, Crosia, Mandatoriccio, Rossano, San Cosmo Albanese, San Demetrio Corone, San Giorgio Albanese, Santa Sofia d'Epiro, Vaccarizzo Albanese.
2. Acquafredda, Acri, Albidona, Alessandria del Carretto, Altilia, Altomonte, Amendolara, Aprigliano, Belsito, Bianchi, Bisignano, Bocchigliero, Caloveto, Campana, Canna, Carolei, Carpanzano, Casole Bruzio, Cassano allo Ionio, Castiglione Cosentino, Castrolibero, Castrolibero, Castrolibero, Castrolibero, Celico, Cellara, Cerchiara di Calabria, Cerisano, Cervicati, Cerzeto, Civita, Colosimi, Cosenza, Cropolati, Dipignano, Domanico, Fagnano Castello, Figline Vegliaturo, Firmo, Francavilla Marittima, Frascineto, Grimaldi, Lago, Laino Borgo, Laino Castello, Lappano, Lattarico, Longobucco, Lungro, Luzzi, Malito, Malvito, Mangone, Marano Marchesato, Marano Principato, Marzi, Mendicino, Mongrassano, Montalto Uffugo, Montegiordano, Morano Calabro, Mormanno, Mottafollone, Nocera, Oriolo, Paludi, Panettieri, Papisidero, Parenti, Paterno Calabro, Pedace, Pedivigliano, Piane Crati, Pietrafitta, Pietrapaola, Plataci, Rende, Rocca Imperiale, Roggiano Gravina, Rogliano, Rose, Roseto Capo Spulico, Rota Greca, Rovito, San Basile, San Benedetto Ullano, San Donato di Ninea, San Fili, San Giovanni in Fiore, San Lorenzo Bellizzi, San Lorenzo del Vallo, San Marco Argentano, San Martino di Finita, San Pietro in Guarano, San Sosti, San Vincenzo la Costa, Sant'Agata di Esaro, Santa Caterina Albanese, Santo Stefano di Rogliano, Saracena, Scala Coeli, Scigliano, Serra Pedace, Spezzano Albanese, Spezzano Piccolo, Spezzano della Sila, Tarsia, Terranova da Sibari, Terravecchia, Torano Castello, Trebisacce, Trenta, Villapiana, Zupanò.
3. (*)

Catanzaro:

1. Curinga, Feroleto Antico, Gizzeria, Lamezia Terme, Maida, San Pietro a Maida.
2. Amaroni, Badolato, Borgia, Cerva, Falerna, Gasperina, Guardavalle, Marcedusa, Montauro, Montepaone, Nocera Tirinese, Palermi, Petrizzi, Petronà, Pianopoli, San Floro, San Mango d'Aquino, Sant'Andrea Apostolo dello Ionio, Satriano, Settingiano, Squillace, Staletti, Tiriolo, Vallefiorita.
3. Amato, Andali, Belcastro, Botricello, Caraffa di Catanzaro, Catanzaro, Cortale, Cropani, Davoli, Gagliato, Girifalco, Isca sullo Ionio, Jacurso, Marcellinara, Miglierina, San Pietro Apostolo, San Sostene, San Vito sullo Ionio, Santa Caterina dello Ionio, Sellia, Sellia Marina, Serrastretta, Sersale, Simeri Crichi, Soverato, Soveria Simeri, Zagarise.
4. (*)

Crotone:

1. Belvedere di Spinello, Crotone, Cutro, Isola di Capo Rizzuto, Rocca di Neto, San Mauro Marchesato, Scandale.
2. (*)
3. Caccuri, Castelsilano, Cerenzia, Cotronei, Mesoraca, Petilia Policastro, Roccabernarda, Santa Severina, Savelli, Verzino.

Vibo Valentia:

1. (*)

Reggio Calabria:

1. Bagaladi, Bagnara Calabria, Calanna, Campo Calabro, Cittanova, Cosoleto, Delianuova, Fiumara, Gioia Tauro, Laganadi, Melicuccà, Melicucco, Molochio, Montebello Ionico, Oppido Mamertina, Palmi, Reggio di Calabria, Rizziconi, Rosarno, San Ferdinando, San Lorenzo, San Procopio, Sant'Alessio in Aspromonte, Sant'Eufemia d'Aspromonte, Santa Cristina d'Aspromonte, Santo Stefano in Aspromonte, Scido, Scilla, Seminara, Sinopoli, Taurianova, Terranova Sappo Minulio, Varapodio, Villa San Giovanni.
2. Anoaia, Bovalino, Candidoni, Cinquefrondi, Feroleto della Chiesa, Galatro, Giffone, Laureana di Borrello, Maropati, Polistena, San Giorgio Morgeto, San Pietro di Caridà, Sant'Ilario dello Ionio, Serrata.
3. Africo, Ardore, Benestare, Bianco, Bova, Bova Marina, Brancaleone, Bruzzano Zeffirio, Caraffa del Bianco, Cardeto, Careri, Casignana, Condofuri, Ferruzzano, Gioiosa Ionica, Locri, Marina di Gioiosa Ionica, Melito di Porto Salvo, Motta San Giovanni, Palizzi, Platì, Portigliola, Ravagnese, Roccaforte del Greco, Roccella Ionica, Roghudi, San Luca, San Roberto, Sant'Agata del Bianco, Siderno, Staiti.
4. (*)

Trapani:

1. (*)

Palermo:

1. Alia, Aliminusa, Altavilla Milicia, Altofonte, Bagheria, Balestrate, Baucina, Belmonte Mezzagno, Bisacquino, Bolognetta, Borgetto, Caccamo, Caltavuturo, Campofelice di Fitalia, Campofelice di Roccella, Campofiorito, Camporeale, Carini, Castelbuono, Casteldaccia, Castellana Sicula, Cefalà Diana, Cefalù, Cerda, Chiusa Sclafani, Ciminna, Cinisi, Collesano, Contessa Entellina, Corleone, Ficarazzi, Giardinello, Giuliana, Lascari, Lercara Friddi, Marineo, Mezzojuso, Misilmeri, Monreale, Montelepre, Montemaggiore Belsito, Palazzo Adriano, Palermo, Partinico, Petralia Sottana, Piana degli Albanesi, Roccamena, Roccapalumba, San Cipirello, San Giuseppe Jato, San Mauro Castelverde, Santa Cristina Gela, Santa Flavia, Sciarra, Scillato, Sclafani Bagni, Termini Imerese, Terrasini, Torretta, Trabia, Trappeto, Valledolmo, Ventimiglia di Sicilia, Vicari, Villafraati.
2. (*)

Messina:

1. Brolo, Castell'Umberto, Ficarra, Frazzanò, Galati Mamertino, Longi, Mandanici, Mirto, Montagnareale, Naso, Pagliara, Piraino, Raccuja, San Piero Patti, San Salvatore di Fitalia, Sant'Angelo di Brolo, Sinagra, Tortorici, Ucria.
2. (*)

Agrigento:

1. (*)

Caltanissetta:

1. (*)

Catania:

1. (*)

Ragusa:

1. (*)

Siracusa:

1. Augusta, Avola, Canicattini Bagni, Carlentini, Floridia, Lentini, Melilli, Noto, Pachino, Portopalo di Capo Passero, Priolo Gargallo, Rosolini, Siracusa, Solarino.
2. (*)

Sassari:

1. Alghero, Sennori, Sorso, Uri, Usini.
2. (*)

Nuoro:

1. (*)

Cagliari:

1. (*)^u.
-

VERORDNUNG (EG) Nr. 2225/2000 DER KOMMISSION
vom 6. Oktober 2000
zur Festsetzung der Oliven- und der Ölerträge für das Wirtschaftsjahr 1999/2000

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2702/1999⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 11,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2261/84 des Rates vom 17. Juli 1984 mit Grundregeln für die Gewährung der Erzeugungsbeihilfe für Olivenöl und für die Olivenölerzeugerorganisationen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1639/98⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 19,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 2261/84 werden die Oliven- und die Ölerträge nach Artikel 5 Absatz 7 der Verordnung Nr. 136/66/EWG auf der Grundlage der von den Erzeugermitgliedstaaten übermittelten Angaben nach homogenen Erzeugungsgebieten festgesetzt. Die Abgrenzung der homogenen Erzeugungsgebiete erfolgte durch die Verordnung (EG) Nr. 2138/97 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2224/2000⁽⁶⁾.
- (2) Im Hinblick auf die Festsetzung der Oliven- und der Ölerträge gemäß Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 2261/84 ist im selben Artikel vorgesehen, dass die

Mitgliedstaaten die betreffenden Angaben spätestens bis zum 31. Mai eines Jahres übermitteln. Da der Kommission die nach Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 2366/98 der Kommission vom 30. Oktober 1998, mit Durchführungsbestimmungen zur Beihilferegelung für die Erzeugung von Olivenöl für die Wirtschaftsjahre 1998/99 bis 2000/2001⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1273/1999⁽⁸⁾, zu übermittelnden Daten erst mit Verzögerungen vorgelegt wurden und vor der ersten Anwendung der betreffenden Regelung eine gründliche Prüfung erforderlich ist, können die Erträge nicht fristgerecht festgesetzt werden. Die Erträge sollten wie im Anhang angegeben festgesetzt werden.

- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Fette —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Oliven- und die Olivenölerträge für das Wirtschaftsjahr 1999/2000 werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Oktober 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. 172 vom 30.9.1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 7.

⁽³⁾ ABl. L 208 vom 3.8.1984, S. 3.

⁽⁴⁾ ABl. L 210 vom 28.7.1998, S. 38.

⁽⁵⁾ ABl. L 297 vom 31.10.1997, S. 3.

⁽⁶⁾ Siehe Seite 16 dieses Amtsblatts.

⁽⁷⁾ ABl. L 293 vom 31.10.1998, S. 50.

⁽⁸⁾ ABl. L 151 vom 18.6.1999, S. 12.

ANEXO — BILAG — ANHANG — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ — ANNEX — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANEXO — LIITE — BILAGA

A. ITALIA — ITALIEN — ITALIEN — ΙΤΑΛΙΑ — ITALY — ITALIE — ITALIA — ITALIË — ITÁLIA — ITALIA — ITALIEN

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olijven per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olijven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
1. Foggia/Bari		29,5	18,7
Foggia	1	31	
	2	34	
	3	22	
	4	20	
Bari	1	63	
	2	35	
	3	29	
	4	25	
2. Taranto/Brindisi/Lecce		63,9	17,1
Taranto	1	51	
	2	75	
Brindisi	1	89	
	2	69	
Lecce	1	44	
	2	48	
	3	61	
3. Cosenza/Crotone/Catanzaro		35,2	21,1
Cosenza	1	34	
	2	28	
	3	27	
Crotone	1	41	
	2	34	
	3	41	
Catanzaro	1	62	
	2	52	
	3	41	
	4	34	
4. Vibo Valentia/Calabria		55,3	19,5
Vibo Valentia	1	33	
Reggio Calabria	1	72	
	2	77	
	3	67	
	4	43	
5. Sicilia		22,2	20,7
Agrigento	1	22	
Caltanissetta	1	15	
Catania	1	28	
Messina	1	32	
	2	16	
Palermo	1	28	
	2	14	

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg oljiven per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg oljiven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Ragusa	1	47	
Siracusa	1	29	
	2	25	
Trapani	1	21	
6. Campania		21,6	17,9
Avellino	1	17	
Benevento	1	29	
	2	25	
Caserta	1	21	
Napoli	1	17	
Salerno	1	23	
	2	23	
	3	35	
7. Lazio		19,6	16,7
Frosinone	1	17	
Latina	1	17	
Rieti	1	27	
	2	35	
Roma	1	8	
	2	26	
Viterbo	1	20	
	2	26	
8. Abruzzo		21,5	14,8
Chieti	1	9	
	2	19	
L'Aquila	1	17	
Pescara	1	18	
	2	45	
Teramo	1	24	
	2	27	
9. Toscana		12,2	15,3
Arezzo	1	10	
Firenze	1	11	
Prato	1	11	
Grosseto	1	15	
	2	10	
	3	16	
Livorno	1	21	
Lucca	1	9	
Massa Carrara	1	10	
Pisa	1	13	
Pistoia	1	10	
Siena	1	27	
	2	21	

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olivjen per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olivjen kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Otras — Andre — Sonstige — Λοιπά — Other — Autres — Altri — Andere — Outras — Muuta — Andra			
Pordenone	1	2	
Trieste	1	14	
Trento	1	14	
Padova	1	11	
Treviso	1	11	
Verona	1	12	
Vicenza	1	13	
Bergamo	1	8	
Brescia	1	8	
	2	8	
Como	1	8	
Forli-Cesena	1	15	
Ravenna	1	16	
Rimini	1	15	
Genova	1	6	
Imperia	1	8	
La Spezia	1	6	
Savona	1	5	
Perugia	1	13	
	2	11	
Terni	1	13	
Ancona	1	16	
Macerata	1	15	
Ascoli Piceno	1	22	
Pesaro	1	14	
	2	11	
Campobasso	1	28	
	2	20	
Isernia	1	11	
Matera	1	22	
Potenza	1	22	
	2	26	
Enna	1	21	
Cagliari	1	20	
Nuoro	1	13	
Oristano	1	25	
Sassari	1	25	
	2	18	
ITALIA		28,1	18,2

(1) Zonas homogéneas a que se refiere el Reglamento (CE) nº 2138/97.

(1) Homogene zoner som omhandlet i forordning (EF) nr. 2138/97.

(1) Homogene Erzeugungsgebiete gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2138/97.

(1) Ομοιογενείς ζώνες που αναφέρει ο κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 2138/97.

(1) Homogenous zones referred to in Regulation (EC) No 2138/97.

(1) Zones homogènes visées au règlement (CE) nº 2138/97.

(1) Zone omogenee di cui al regolamento (CE) n. 2138/97.

(1) Homogene productiegebieden als bedoeld in Verordening (EG) nr. 2138/97.

(1) Zonas homogéneas referidas no Regulamento (CE) n.º 2138/97.

(1) Asetuksessa (EY) N:o 2138/97 tarkoitettujen yhtenäisten tuotantoalueiden.

(1) Enhetliga produktionsområden enligt förordning (EG) nr 2138/97.

B. FRANCIA — FRANKRIG — FRANKREICH — ΓΑΛΛΙΑ — FRANCE — FRANCE — FRANCIA — FRANKRIJK — FRANÇA — RANSKA — FRANKRIKE

Zonas regionales y zonas homogéneas Regionale zoner og homogener zoner Erzeugungsregionen und homogene Erzeugungsgebiete Περιφερειακές ζώνες και ομοιογενείς επαρχίες Regional areas and homogenous zones Zones régionales et zones homogènes Zone regionali e zone omogenee Regionale gebieden en homogene productiegebieden Zonas regionais e zonas homogéneas Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och enhetliga produktionsområden	Zona ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Ζώνη ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zona ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zona ⁽¹⁾ Alue ⁽¹⁾ Zon ⁽¹⁾	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olijven per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olijven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Provence-Alpes-Côte d'Azur		8,3	17,77
4. Baronnies		10,30	23,87
5. Provence		8,47	17,60
6. Durance		12,30	17,11
7. Pays varois		5,77	15,58
8. Pays niçois		9,88	21,47
Otras — Andre — Sonstige — Λοιπά — Other — Autres — Altri — Andere — Outras — Muuta — Andra			
1. Roussillon		4,91	13,62
2. Languedoc		7,17	12,13
3. Cévennes		8,39	18,24
9. Corse		10,60	26,00
FRANCE		8,06	18,50

⁽¹⁾ Zonas homogéneas a que se refiere el Reglamento (CE) n.º 2138/97.

⁽¹⁾ Homogene zoner som omhandlet i forordning (EF) nr. 2138/97.

⁽¹⁾ Homogene Erzeugungsgebiete gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2138/97.

⁽¹⁾ Ομοιογενείς ζώνες που αναφέρει ο κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 2138/97.

⁽¹⁾ Homogenous zones referred to in Regulation (EC) No 2138/97.

⁽¹⁾ Zones homogènes visées au règlement (CE) n.º 2138/97.

⁽¹⁾ Zone omogenee di cui al regolamento (CE) n. 2138/97.

⁽¹⁾ Homogene productiegebieden als bedoeld in Verordening (EG) nr. 2138/97.

⁽¹⁾ Zonas homogéneas referidas no Regulamento (CE) n.º 2138/97.

⁽¹⁾ Asetuksessa (EY) N:o 2138/97 tarkoitettut yhtenäiset tuotantoalueet.

⁽¹⁾ Enhetliga produktionsområden enligt förordning (EG) nr 2138/97.

C. GRECIA — GRÆKENLAND — GRIECHENLAND — ΕΛΛΑΔΑ — GREECE — GRÈCE — GRECIA — GRIEKENLAND
— GRÉCIA — KREIKKA — GREKLAND

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincias Zonas regionais e províncias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg oljiven per afgeooste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Öil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg oljiven kg azeite/100 kg azeitonas kg oljya/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
1. Irakleio		30,41	24,20
Irakleio	1	33	24
	2	23	22
	3	23	24
	4	36	23
	5	31	25
	6	29	23
	7	26	25
	8	20	28
	9	20	26
	10	37	24
2. Lassithi/rethymni/Khania		27,55	24,30
Lassithi	1	43	21
	2	23	23
Rethymno	1	35	30
	2	32	29
	3	36	25
	4	19	29
	5	16	27
	6	20	26
	7	24	28
	8	15	30
	9	18	27
	10	14	28
	11	23	29
	12	20	28
	13	16	30
	14	16	25
	15	16	29
	16	18	27
	17	12	25
	18	12	25
	19	19	25
	20	18	25
Khania	1	20	20
	2	18	20
	3	24	18
	4	27	20
	5	20	20
	6	31	24
	7	24	21
	8	24	20
	9	27	20
	10	27	22
	11	27	22
	12	27	23
	13	22	24
	14	34	25

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg oljiven per afgeooste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg oljiven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
	15	27	24
	16	27	23
	17	30	24
3. Peloponnisos		29,39	18,51
Argolis	1	18	20
	2	22	19
	3	12	20
Arkadia	1	20	18
	2	14	24
	3	16	24
	4	14	18
	5	12	19
	6	8	24
	7	22	19
	8	16	21
	9	16	15
	10	20	16
	11	16	16
	12	14	17
	13	26	17
	14	20	20
	15	32	22
	16	18	17
	17	16	16
	18	12	17
	19	24	20
	20	8	19
Korinthia	1	24	19
	2	20	20
	3	22	19
	4	18	21
	5	32	20
	6	24	19
	7	28	22
	8	32	20
Lakonia	1	6	22
	2	10	20
	3	14	20
	4	16	20
	5	24	23
	6	14	22
	7	18	19
	8	24	19
	9	26	23
Messinia	1	12	19
	2	10	19
	3	6	24
	4	32	16
	5	28	18
	6	16	16
	7	32	17
	8	36	17
	9	20	20

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olivjen per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olivjen kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
	10	53	17
	11	48	16
	12	22	19
	13	46	14
	14	28	14
4. Dytiki Ellada		36,49	17,29
Aitolokarnania	1	56	16
	2	34	16
	3	52	19
	4	52	17
	5	49	16
	6	47	17
	7	32	14
	8	62	19
Akhaia	1	37	20
	2	34	17
	3	32	12
Ileia	1	34	18
	2	43	9
	3	39	15
5. Ionia Nisia		42,74	19,85
Zakynthos	1	40	19
	2	45	18
	3	45	16
Kerkyra	1	41	22
Kefallinia	1	20	17
	2	20	19
Levkas	1	13	18
	2	11	20
	3	4	21
	4	4	21
6. Sterea Ellada		20,12	18,71
Voiotia	1	18	18
	2	16	18
	3	18	18
	4	16	19
	5	16	18
	6	13	20
Evvoia	1	2	20
	2	2	23
	3	7	23
	4	2	25
	5	9	25
	6	22	23
	7	4	25
	8	2	25
	9	42	19
	10	40	20
	11	40	18
	12	36	18
	13	27	18

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg oljiven per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg oljiven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Evrytania	1	22	15
Fthiotis	1	45	17
	2	49	18
	3	40	19
	4	20	20
	5	13	17
Fokis	1	20	16
	2	9	20
	3	16	18
	4	20	18
	5	20	19
	6	9	20
	7	9	20
7. Lesvos		37,76	24,54
Levos	1	25	26
	2	8	25
	3	17	27
	4	67	25
	5	42	21
	6	34	21
	7	34	25
Otras — Andre — Sonstige — Λοιπά — Other — Autres — Altri — Andere — Outras — Muuta — Andra			
Athinai	1	5	17
Attiki Dytiki	1	6	17
	2	5	16
	3	4	15
Attiki Anatoliki	1	2	20
Peiraia	1	11	21
	2	2	22
	3	3	19
	4	2	22
	5	3	20
	6	5	24
	7	7	16
Arta	1	14	14
	2	15	14
	3	16	13
Thesprotia	1	20	20
	2	15	21
	3	17	17
Ioannina	1	6	16
Preveza	1	22	18
	2	32	18
	3	37	23
	4	20	14
	5	13	16
	6	7	15
	7	8	14

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zona regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olivjen per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olivjen kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Karditsa	1	8	20
Larisa	1	23	13
	2	5	13
	3	9	13
	4	7	13
Magnisia	1	18	20
	2	18	20
	3	15	18
	4	13	19
	5	9	20
Trikala	1	16	16
Drama	1	10	15
Imathia	1	11	20
	2	7	17
Kilkis	1	8	18
	2	10	18
Kozani	1	10	17
Pella	1	13	15
	2	8	16
Thessaloniki	1	13	18
	2	12	18
	3	12	17
Kavala	1	10	19
	2	12	21
	3	13	21
	4	11	19
	5	11	19
	6	12	19
Pieria	1	16	
	2	9	23
	3	9	18
Serrai	1	7	18
Khalkidiki	1	14	23
	2	22	22
	3	10	22
	4	12	22
	5	10	21
	6	15	23
	7	10	22
	8	3	21
Evros	1	11	20
	2	7	17
Xanthi	1	11	15
Rodopi	1	14	23
Dodekanisos	1	5	24
	2	7	22
	3	7	24
Kyklades	1	14	18
	2	5	20
	3	5	20
	4	5	20
	5	10	22
	6	7	18
	7	6	25
	8	5	22

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olijven per afgeooste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαοκάρπου/ 100 χιλιόγραμμα ελαοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olijven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Samos	1	6	24
	2	2	24
	3	7	24
	4	2	24
	5	6	24
	6	8	24
	7	8	24
	8	5	24
	9	5	24
	10	6	24
	11	6	24
	12	6	24
Khios	1	3	28
	2	3	28
	3	5	28
ΕΛΛΑΔΑ			

(1) Zonas homogéneas a que se refiere el Reglamento (CE) nº 2138/97.

(1) Homogene zoner som omhandlet i forordning (EF) nr. 2138/97.

(1) Homogene Erzeugungsgebiete gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2138/97.

(1) Ομοιογενείς ζώνες που αναφέρει ο κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 2138/97.

(1) Homogenous zones referred to in Regulation (EC) No 2138/97.

(1) Zones homogènes visées au règlement (CE) nº 2138/97.

(1) Zone omogenee di cui al regolamento (CE) n. 2138/97.

(1) Homogene productiegebieden als bedoeld in Verordening (EG) nr. 2138/97.

(1) Zonas homogéneas referidas no Regulamento (CE) n.º 2138/97.

(1) Asetuksessa (EY) N:o 2138/97 tarkoitettut yhtenäiset tuotantoalueet.

(1) Enhetliga produktionsområden enligt förordning (EG) nr 2138/97.

D. ESPAÑA — SPANIEN — SPANIEN — ΙΣΠΑΝΙΑ — SPAIN — ESPAGNE — SPAGNA — SPANJE — ESPANHA — ESPANJA — SPANIEN

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincias Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olivjen per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 γιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olivjen kg azeite/100 kg azeitonas kg oljya/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
1. Jaén		23,52	22,88
Jaén	1	19,13	22,82
	2	12,54	20,93
	3	23,84	23,22
	4	25,75	22,58
	5	17,38	24,10
2. Granada/Málaga/Sevilla		26,15	21,22
Granada	1	19,60	21,95
Málaga	1	26,00	21,60
	2	23,00	20,90
Sevilla	1	27,18	20,00
	2	6,22	21,00
	3	21,70	18,50
3. Córdoba		26,22	22,12
Córdoba	1	5,09	21,58
	2	22,47	21,82
	3	25,76	21,97
	4	38,94	22,72
4. Castilla-La Mancha		12,41	22,78
Albacete	1	9,80	22,50
	2	5,50	23,00
	3	7,00	20,40
	4	7,00	21,00
	5	5,00	23,60
	6	8,30	21,70
	7	10,40	21,70
Ciudad Real	1	12,50	23,20
	2	5,50	22,15
	3	9,50	22,90
	4	4,50	20,40
	5	4,00	22,75
	6	6,00	23,35
Cuenca	1	5,60	20,00
	2	5,20	19,00
	3	5,00	20,00
	4	7,60	19,50
	5	6,30	21,50
	6	7,50	20,50
Guadalajara	1	3,50	21,00
	2	5,50	21,00
	3	4,70	21,00
	4	3,80	21,00
Toledo	1	6,00	18,00
	2	14,00	23,00
	3	26,00	23,75

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg oljiven per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg oljiven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
	4	11,00	23,00
	5	20,00	23,00
	6	32,00	23,50
	7	28,00	23,50
5. Cataluña/Comunidad Valenciana/Barcelona		19,54	22,19
Avellino	1	19,00	20,00
	2	7,00	20,00
	3	8,00	17,00
	4	9,00	18,00
	5	11,00	19,00
Gerona	1	16,00	21,00
Lérida	1	9,00	21,00
	2	11,00	22,00
	3	8,50	21,00
	4	7,00	19,00
	5	9,50	21,00
	6	7,00	20,00
	7	7,00	20,00
Tarragona	1	10,00	22,00
	2	10,00	21,00
	3	27,00	23,00
	4	20,00	20,00
	5	21,00	20,00
	6	21,00	22,00
	7	33,00	19,00
Castellón	1	17,81	23,87
	2	18,41	21,02
	3	14,18	22,19
Valencia	1	12,12	22,42
	2	16,99	23,56
	3	15,68	21,97
	4	18,34	21,86
	5	11,88	22,49
Alicante	1	11,84	24,95
	2	4,98	24,56
	3	7,63	21,37
	4	8,43	23,26
	5	18,32	16,06
6. Extremadura		15,22	18,52
Badajoz	1	8,15	22,00
	2	16,31	20,00
	3	23,10	22,00
	4	14,95	21,00
	5	9,51	22,00
	6	8,15	21,00
Cáceres	1	11,55	14,00
	2	9,51	14,00
	3	12,23	20,00
	4	10,87	15,00
	5	16,31	20,00
	6	9,51	17,00

Zonas regionales y provincias Regionale zoner og provinser Erzeugungsregionen und -provinzen Περιφερειακές ζώνες και επαρχίες Regional areas and provinces Zones régionales et provinces Zone regionali e province Regionale gebieden en provincies Zonas regionais e provincias Alueelliset vyöhykkeet ja maakunnat Regionala områden och provinser	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zona (1) Zone (1) Zona (1) Zona (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olijven per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olijven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Otras — Andre — Sonstige — Λοιπά — Other — Autres — Altri — Andere — Outras — Muuta — Andra			
Almeria	1	21,00	20,63
Cádiz	1	11,52	20,77
Huelva	1	7,00	17,94
	2	20,00	23,27
Zaragoza	1	9,50	22,00
	2	8,50	23,00
	3	8,00	23,00
	4	16,00	20,00
	5	14,00	21,00
	6	17,00	21,00
Teruel	1	12,50	24,00
	2	10,50	22,00
	3	6,00	21,00
	4	30,00	21,00
Huesca	1	8,50	20,00
	2	6,50	21,00
	3	8,50	19,50
	4	5,00	21,50
	5	5,50	17,00
Baleares	1	5,20	18,00
	2	10,20	25,30
	3	11,00	26,20
	4	8,10	23,70
Ávila	1	25,00	18,00
	2	18,00	16,00
	3	29,00	17,00
	4	20,00	18,00
Salamanca	1	3,79	14,81
	2	7,04	13,79
Zamora	1	9,00	10,00
La Rioja	1	9,76	21,75
Madrid	1	9,05	22,60
Murcia	1	7,94	23,40
	2	12,54	21,80
	3	11,33	20,40
	4	11,25	21,10
	5	10,73	23,00
Navarra	1	14,34	19,05
	2	14,34	19,05
Álava	1	8,00	24,00
ESPAÑA		18,4	22,00

(1) Zonas homogéneas a que se refiere el Reglamento (CE) n.º 2138/97.

(1) Homogene zoner som omhandlet i forordning (EF) nr. 2138/97.

(1) Homogene Erzeugungsgebiete gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2138/97.

(1) Ομοιογενείς ζώνες που αναφέρει ο κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 2138/97.

(1) Homogenous zones referred to in Regulation (EC) No 2138/97.

(1) Zones homogènes visées au règlement (CE) n.º 2138/97.

(1) Zone omogenee di cui al regolamento (CE) n. 2138/97.

(1) Homogene productiegebieden als bedoeld in Verordening (EG) nr. 2138/97.

(1) Zonas homogéneas referidas no Regulamento (CE) n.º 2138/97.

(1) Asetuksessa (EY) N:o 2138/97 tarkoitettujen yhtenäisten tuotantoalueiden.

(1) Enhetliga produktionsområden enligt förordning (EG) nr 2138/97.

E. PORTUGAL — PORTUGAL — PORTUGAL — ΠΟΡΤΟΓΑΛΙΑ — PORTUGAL — PORTUGAL — PORTOGALLO — PORTUGAL — PORTUGAL — PORTUGALI — PORTUGAL

Zonas regionales y regiones Regionale zoner og regioner Erzeugungsregionen und Regionen Περιφερειακές ζώνες και περιοχή Regional areas and regions Zones régionales et régions Zone regionali e regione Regionale gebieden en regio Zonas regionais e regiões Alueelliset vyöhykkeet ja maakunta Regionala områden och kommun	Zona (1) Zone (1) Zone (1) Ζώνη (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Zone (1) Alue (1) Zon (1)	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg olivjen per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Öil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg olivjen kg azeite/100 kg azeitonas kg oljya/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
1. Alentejo		6,4	17,9
Portalegre	1	7	16
Barros de Fronteira e zonas circundantes	1	9	16
	2	9	16
Elvas	1	8	17
	2	13	18
Litoral Sul	1	8	12
	2	6	13
Évora	1	8	13
	2	7	13
	3	8	15
Calcários Duros	1	9	16
Alto Alentejo Oriental	1	8	15
	2	9	16
Transição Barros de Beja/Alto Alentejo	1	7	17
	2	7	17
Margem Esquerda	1	9	19
	2	10	20
Barros de Beja	1	8	16
	2	8	16
Serras Alentejanas	1	7	13
	2	9	13
2. Norte		7,8	16,8
Entre Douro e Minho (Noroeste)	1	7	8
	2	9	9
	3	9	8
	4	10	12
	5	8	12
	6	9	12
Terra Fria Transmontana	1	9	15
	2	11	17
Alto Douro	1	9	16
	2	9	18
	3	11	17
	4	7	14
	5	9	13
3. Centro		10,9	13,3
Centro Litoral	1	8	11
	2	8	10
	3	9	11
	4	8	12
	5	8	11
Beira Central	1	9	13
Alto Mondego	1	8	13
	2	7	14
Beira Serrana	1	6	14
	2	8	14
	3	10	14
	4	8	12

Zonas regionales y regiones Regionale zoner og regioner Erzeugungsregionen und Regionen Περιφερειακές ζώνες και περιοχές Regional areas and regions Zones régionales et régions Zone regionali e regione Regionale gebieden en regio Zonas regionais e regiões Alueelliset vyöhykkeet ja maakunta Regionala områden och kommun	Zona ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Ζώνη ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zona ⁽¹⁾ Zone ⁽¹⁾ Zona ⁽¹⁾ Alue ⁽¹⁾ Zon ⁽¹⁾	kg aceitunas/árbol cosechado kg oliven/høstet træ kg Oliven/abgeerntetem Ölbaum συγκομιδή σε kg ελαιοκάρπου/δένδρο kg olives/tree harvested kg olives/arbre récolté kg olive/albero sottoposto a raccolta kg oljiven per afgeoste boom kg azeitonas/árvore objecto de colheita kg oliiveja/korjattu puu kg oliver/skördat träd	kg aceite/100 kg aceitunas kg olie/100 kg oliven kg Öl/100 kg Oliven Χιλιόγραμμα ελαιολάδου/ 100 χιλιόγραμμα ελαιοκάρπου Oil kg/100 kg olives kg huile/100 kg olives kg olio/100 kg olive kg olie/100 kg oljiven kg azeite/100 kg azeitonas kg öljyä/100 kg oliiveja kg olja/100 kg oliver
Centro Interior Serrano	1 2 3 4 5	8 8 8 9 8	12 11 12 12 13
Beira Baixa	1 2 3 4	9 11 11 9	13 14 14 12
Otras — Andre — Sonstige — Λοιπά — Other — Autres — Altri — Andere — Outras — Muuta — Andra			
Oeste e Lisboa	1	6	11
Ribatejo	1 2 3 4	7 8 7 8	13 14 12 13
Charmeca do Tejo	1 2	5 7	12 13
Algarve	1 2 3	8 8 8	14 14 14
PORTUGAL		8,7	15,0

⁽¹⁾ Zonas homogéneas a que se refiere el Reglamento (CE) n° 2138/97.

⁽¹⁾ Homogene zoner som omhandlet i forordning (EF) nr. 2138/97.

⁽¹⁾ Homogene Erzeugungsgebiete gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2138/97.

⁽¹⁾ Ομοιογενείς ζώνες που αναφέρει ο κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 2138/97.

⁽¹⁾ Homogenous zones referred to in Regulation (EC) No 2138/97.

⁽¹⁾ Zones homogènes visées au règlement (CE) n° 2138/97.

⁽¹⁾ Zone omogenee di cui al regolamento (CE) n. 2138/97.

⁽¹⁾ Homogene productiegebieden als bedoeld in Verordening (EG) nr. 2138/97.

⁽¹⁾ Zonas homogéneas referidas no Regulamento (CE) n.º 2138/97.

⁽¹⁾ Asetuksessa (EY) N:o 2138/97 tarkoitettut yhtenäiset tuotantoalueet.

⁽¹⁾ Enhetliga produktionsområden enligt förordning (EG) nr 2138/97.

VERORDNUNG (EG) Nr. 2226/2000 DER KOMMISSION**vom 6. Oktober 2000****zur Bewilligung von Übertragungen zwischen den Höchstmengen für Textilwaren und Bekleidung mit Ursprung in der Republik Korea**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3030/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 über die gemeinsame Einfuhrregelung für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in Drittländern ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1987/2000 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 7 des am 7. August 1986 paraphierten Abkommens zwischen der Gemeinschaft und der Republik Korea über den Handel mit Textilwaren ⁽³⁾, zuletzt geändert durch ein am 22. Dezember 1994 paraphiertes Abkommen in Form eines Briefwechsels ⁽⁴⁾, können Übertragungen zwischen den Kontingentsjahren vereinbart werden.
- (2) Am 30. August 2000 stellte die Republik Korea einen entsprechenden Antrag.
- (3) Die von der Republik Korea beantragten Übertragungen liegen im Rahmen der Flexibilitätsgrenzen nach Artikel 7 und Anhang VIII der Verordnung (EWG) Nr. 3030/93.

(4) Es empfiehlt sich, dem Antrag stattzugeben.

(5) Damit die Wirtschaftsbeteiligten so schnell wie möglich in den Genuss der Vorteile aus dieser Verordnung kommen, ist wünschenswert, dass sie am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft tritt.

(6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen stimmen mit der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Textilfragen gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 3030/93 überein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für das Kontingentsjahr 2000 werden Übertragungen zwischen den Höchstmengen für Textilwaren mit Ursprung in der Republik Korea nach Maßgabe des Anhangs genehmigt.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Oktober 2000

Für die Kommission

Pascal LAMY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. L 275 vom 8.11.1993, S. 1.⁽²⁾ ABl. L 237 vom 21.9.2000, S. 24.⁽³⁾ Beschluss des Rates 87/471/EWG (ABl. L 263 vom 14.9.87, S. 37).⁽⁴⁾ Beschluss des Rates 95/131/EG (ABl. L 94 vom 26.4.95, S. 459).

ANHANG

- Kategorie 2: Übertragung von 72 940 Kilogramm aus der Höchstmenge für das Jahr 1999
 - Kategorie 2A: Übertragung von 72 940 Kilogramm aus der Höchstmenge für das Jahr 1999
 - Kategorie 3: Übertragung von 59 290 Kilogramm aus der Höchstmenge für das Jahr 1999
 - Kategorie 3A: Übertragung von 59 290 Kilogramm aus der Höchstmenge für das Jahr 1999
 - Kategorie 4: Vorgriff auf 781 650 Stück aus der Höchstmenge für das Jahr 2001
 - Kategorie 5: Vorgriff auf 1 750 100 Stück aus der Höchstmenge für das Jahr 2001
 - Kategorie 6: Übertragung von 429 310 Stück aus der Höchstmenge für das Jahr 1999 und Vorgriff auf 306 650 Stück aus der Höchstmenge für das Jahr 2001
 - Kategorie 12: Übertragung von 13 621 370 Paar aus der Höchstmenge für das Jahr 1999
 - Kategorie 28: Vorgriff auf 54 350 Stück aus der Höchstmenge für das Jahr 2001
 - Kategorie 83: Übertragung von 28 420 Kilogramm aus der Höchstmenge für das Jahr 1999 und Vorgriff auf 20 300 Kilogramm aus der Höchstmenge für das Jahr 2001
 - Kategorie 35: Vorgriff auf 411 400 Stück aus der Höchstmenge für das Jahr 2001
-

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 29. September 2000

über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften

(2000/597/EG, Euratom)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 269,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 173,

auf Vorschlag der Kommission ⁽¹⁾,nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽²⁾,nach Stellungnahme des Rechnungshofs ⁽³⁾,nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽⁴⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 24. und 25. März 1999 in Berlin unter anderem festgehalten, dass das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften gerecht, transparent, kostenwirksam, einfach und auf Kriterien gestützt sein sollte, die der Beitragskapazität der einzelnen Mitgliedstaaten bestmöglich Rechnung tragen.
- (2) Das Eigenmittelsystem der Gemeinschaften muss gewährleisten, dass sie über angemessene Einnahmen für eine geordnete Finanzierung ihrer Politiken verfügen; dabei ist eine strikte Haushaltsdisziplin zu beachten.
- (3) Für die Zwecke des Haushalts der Europäischen Union und der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften sind zuverlässige Daten heranzuziehen. Durch das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (nachstehend „ESVG 95“ genannt) gemäß der

Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates ⁽⁵⁾ wird eine qualitative Verbesserung der Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglicht.

- (4) Für die Eigenmittelzwecke sollten die neuesten statistischen Konzepte verwendet werden, und dementsprechend sollte das Bruttosozialprodukt (BSP) für diese Zwecke das Bruttovolkseinkommen (BVE) bedeuten, wie es von der Kommission in Anwendung der ESVG 95 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 errechnet wird.
- (5) Sollten Änderungen des ESVG 95 zu erheblichen Änderungen des von der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 errechneten BVE führen, so hätte der Rat zu beschließen, ob diese Änderungen für die Eigenmittelzwecke berücksichtigt werden.
- (6) Gemäß dem Beschluss 94/728/EG, Euratom des Rates vom 31. Oktober 1994 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften ⁽⁶⁾ wurde die Eigenmittellobergrenze für 1999 auf 1,27 % des BSP der Gemeinschaften zu Marktpreisen und die Obergrenze für die Mittel für Verpflichtungen insgesamt auf 1,335 % des BSP der Gemeinschaften festgesetzt.
- (7) Es ist angezeigt, diese in Prozent des BSP ausgedruckten Obergrenzen anzupassen, damit die Höhe der Einnahmen, die den Gemeinschaften zur Verfügung gestellt werden, unverändert bleibt; hierzu ist eine Formel zur Bestimmung der neuen Obergrenzen unter Bezug auf das BSP, wie es für die Zwecke dieses Beschlusses definiert wurde, aufzustellen, die nach dessen Inkrafttreten zugrunde zu legen ist.

⁽¹⁾ ABl. C 274 E vom 28.9.1999, S. 39.⁽²⁾ Stellungnahme vom 17. November 1999 (AbI. C 189 vom 7.7.2000, S. 79).⁽³⁾ ABl. C 310 vom 28.10.1999, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. C 368 vom 20.12.1999, S. 16.⁽⁵⁾ ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 448/98 (AbI. L 58 vom 27.2.1998, S. 1).⁽⁶⁾ ABl. L 293 vom 12.11.1994, S. 9.

- (8) Dieselbe Methode sollte künftig bei Änderungen des ESVG 95 angewandt werden, die sich möglicherweise auf das BSP auswirken.
- (9) Um der Beitragskapazität der einzelnen Mitgliedstaaten im System der Eigenmittel auch weiterhin Rechnung zu tragen und für die weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten die regressiven Elemente im derzeitigen System der Eigenmittel zu korrigieren, ist der Europäische Rat auf seiner Tagung in Berlin vom 24. und 25. März 1999 zu dem Schluss gelangt, dass die Regeln für die Finanzierung der Union wie folgt geändert werden sollten:
- Der maximale Abrufsatz für die MwSt-Eigenmittel sollte für die Jahre 2002 und 2003 von 1 % auf 0,75 % und ab 2004 auf 0,50 % gesenkt werden;
 - die MwSt-Eigenmittelbemessungsgrundlage der Mitgliedstaaten sollte auf 50 % ihres BSP begrenzt bleiben.
- (10) Der Europäische Rat ist auf seiner Tagung vom 24. und 25. März 1999 zu dem Schluss gelangt, dass der von den Mitgliedstaaten einbehaltene Satz für Erhebungskosten, im Zusammenhang mit den sogenannten traditionellen Eigenmitteln, die dem Haushalt der Europäischen Union zufließen, angepasst werden sollte.
- (11) Die Haushaltsungleichgewichte sollten so korrigiert werden, dass die für die Gemeinschaftspolitiken verfügbaren Eigenmittel nicht angetastet werden; dabei sollte soweit wie möglich auf ausgabenpolitische Maßnahmen zurückgegriffen werden.
- (12) Der Europäische Rat ist auf seiner Tagung vom 24. und 25. März 1999 zu dem Schluss gelangt, dass die mit dem Beschluss 88/376/EWG, Euratom ⁽¹⁾ festgelegte und mit dem Beschluss 94/728/EG, Euratom bestätigte Berechnungsformel für die Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs die „Windfall-Gewinne“, die sich aus Änderungen des Finanzierungssystems sowie infolge künftiger Beitritte ergeben, nicht einschließen sollte. Zum Zeitpunkt der Erweiterung werden die aufteilbaren Gesamtausgaben durch eine Anpassung um einen Betrag verringert, der den jährlichen Vorbeitrittsausgaben in den beitretenden Ländern entspricht; damit wird sichergestellt, dass Ausgaben, die gegenwärtig für die Korrektur nicht berücksichtigt werden, auch künftig bei der Berechnung des Korrekturbetrags außer Betracht bleiben.
- (13) Die Beschreibung der Berechnung der zugunsten des Vereinigten Königreichs vorgesehenen Korrektur der Haushaltsungleichgewichte wurde aus Gründen der Klarheit vereinfacht. Diese Vereinfachung hat keine Auswirkungen auf den Betrag dieser Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs.
- (14) Der Europäische Rat ist auf seiner Tagung vom 24. und 25. März 1999 zu dem Schluss gelangt, dass die Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs so geändert werden sollte, dass der Anteil Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an der Finanzierung auf 25 % ihres normalen Anteils reduziert wird.
- (15) Für die Währungsreserve (nachstehend „EAGFL-Währungsreserve“ genannt), die Reserve für Darlehensgarantien und die Reserve für Soforthilfen zugunsten von Drittländern sind spezifische Bestimmungen erlassen worden.
- (16) Es ist angezeigt, dass die Kommission vor dem 1. Januar 2006 eine generelle Überprüfung des Eigenmittelsystems vornimmt und dem Bericht hierüber erforderlichenfalls geeignete Vorschläge beifügt; sie berücksichtigt hierbei alle relevanten Faktoren, wozu auch die Auswirkungen der Erweiterung auf die Finanzierung des Haushalts der Europäischen Union, die Möglichkeit einer Änderung der Eigenmittelstruktur durch die Schaffung neuer autonomer Eigenmittel und die dem Vereinigten Königreich zugestandene Korrektur der Haushaltsungleichgewichte sowie die Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Schweden zugestandene Reduzierung ihres Anteils an der Finanzierung dieser Korrektur gehören.
- (17) Es sind Bestimmungen zu erlassen, die den Übergang von dem mit dem Beschluss 94/728/EG, Euratom eingeführten System zu dem sich aus dem vorliegenden Beschluss ergebenden System regeln.
- (18) Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 24. und 25. März 1999 festgelegt, dass dieser Beschluss am 1. Januar 2002 in Kraft treten soll —

HAT FOLGENDE BESTIMMUNGEN FESTGELEGT, DIE ER DEN MITGLIEDSTAATEN ZUR ANNAHME EMPFIEHLT:

Artikel 1

Den Gemeinschaften werden zur Finanzierung ihres Haushalts nach Maßgabe der folgenden Artikel die Eigenmittel gemäß Artikel 269 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (nachstehend „EG-Vertrag“ genannt) und Artikel 173 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (nachstehend „Euratom-Vertrag“ genannt) zugewiesen.

Der Haushalt der Europäischen Union wird, unbeschadet der sonstigen Einnahmen, vollständig aus Eigenmitteln der Gemeinschaften finanziert.

Artikel 2

(1) Folgende Einnahmen stellen in den Haushaltsplan der Europäischen Union einzusetzende Eigenmittel dar:

- a) Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Gemeinschaften im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Abgaben, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
- b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Gemeinschaften eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Zölle auf die unter den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse;

⁽¹⁾ ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 24.

c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche MWSt-Eigenmittelbemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaats ergeben. Die für diese Zwecke heranzuziehende Bemessungsgrundlage darf 50 % des nach Absatz 7 definierten BSP eines jeden Mitgliedstaats nicht überschreiten;

d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller übrigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des BSP aller Mitgliedstaaten.

(2) In den Haushaltsplan der Europäischen Union einzusetzende Eigenmittel sind ferner Einnahmen aus sonstigen, gemäß dem EG-Vertrag oder dem Euratom-Vertrag im Rahmen einer gemeinsamen Politik eingeführten Abgaben, sofern das Verfahren nach Artikel 269 des EG-Vertrags oder nach Artikel 173 des Euratom-Vertrags durchgeführt worden ist.

(3) Die Mitgliedstaaten behalten von den Einnahmen gemäß Absatz 1 Buchstaben a) und b), die nach dem 31. Dezember 2000 festgestellt werden, 25 % für die Erhebung ein.

(4) Der in Absatz 1 Buchstabe c) genannte einheitliche Satz entspricht dem Satz, der sich ergibt aus der Differenz zwischen

a) dem maximalen MwSt-Abrufsatz von

0,75 % für 2002 und 2003,

0,50 % ab 2004

und

b) einem Satz („eingefrorenen Satz“), der dem Verhältnis zwischen dem Referenzausgleichsbetrag nach Artikel 4 und der Summe der gemäß Absatz 1 Buchstabe c) festgestellten MwSt-Bemessungsgrundlagen aller Mitgliedstaaten entspricht, wobei berücksichtigt wird, dass sich das Vereinigte Königreich nicht an der Finanzierung seines Korrekturanforderungs beteiligt und der Anteil Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an der Finanzierung der UK-Korrektur auf ein Viertel ihres normalen Anteils reduziert wird.

(5) Der nach Absatz 1 Buchstabe d) festgelegte Satz wird auf das BSP der einzelnen Mitgliedstaaten angewandt.

(6) Ist der Haushaltsplan zu Beginn des Haushaltsjahres noch nicht angenommen, bleiben der einheitliche MWSt-Eigenmittelsatz und der auf die BSP der Mitgliedstaaten anwendbare Satz unbeschadet der Bestimmungen, die im Zusammenhang mit der EAGFL-Währungsreserve, der Reserve für Darlehensgarantien und der Reserve für Soforthilfen zugunsten von Drittländern gemäß Artikel 8 Absatz 2 erlassen werden, bis zum Inkrafttreten der neuen Sätze gültig.

(7) Für die Zwecke dieses Beschlusses bedeutet BSP das BVE eines Jahres zu Marktpreisen, wie es von der Kommission in Anwendung des ESVG 95 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2223/96/EG errechnet wird.

Sollten Änderungen des ESVG 95 zu wesentlichen Änderungen des von der Kommission errechneten BVE führen, so beschließt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach

Anhörung des Europäischen Parlaments, ob diese Änderungen für die Zwecke des vorliegenden Beschlusses berücksichtigt werden.

Artikel 3

(1) Der Gesamtbetrag der den Gemeinschaften für Mittel für Zahlungen zur Verfügung stehenden Eigenmittel darf einen bestimmten Prozentsatz des Gesamtbetrags des BSP der Mitgliedstaaten nicht überschreiten. Dieser auf zwei Dezimalstellen gerundete Prozentsatz wird von der Kommission im Dezember 2001 nach folgender Formel errechnet:

Eigenmittelobergrenze =

$$1,27 \% \times \frac{1998 + 1999 + 2000 \text{ BSP ESVG 2. Auflage}}{1998 + 1999 + 2000 \text{ BSP ESVG 95}}$$

(2) Die Mittel für Verpflichtungen, die in den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union eingesetzt werden, müssen eine geordnete Entwicklung aufweisen, die zu einem Gesamtvolumen führt, das einen bestimmten Prozentsatz der BSP der Mitgliedstaaten nicht übersteigt. Dieser auf zwei Dezimalstellen gerundete Prozentsatz wird von der Kommission im Dezember 2001 nach folgender Formel errechnet:

Obergrenze Mittel für Verpflichtungen =

$$1,335 \% \times \frac{1998 + 1999 + 2000 \text{ BSP ESVG 2. Auflage}}{1998 + 1999 + 2000 \text{ BSP ESVG 95}}$$

Es ist für ein geordnetes Verhältnis zwischen den Mitteln für Verpflichtungen und den Mitteln für Zahlungen zu sorgen, um zu gewährleisten, dass sie miteinander vereinbar sind und dass die in Absatz 1 für die folgenden Jahre genannten Obergrenzen eingehalten werden können.

(3) Die Kommission teilt der Haushaltsbehörde die neue Eigenmittelobergrenze vor dem 31. Dezember 2001 mit.

(4) Die Methode nach den Absätzen 1 und 2 wird auch angewandt im Falle von Änderungen am ESVG 95, die sich auf das BSP auswirken.

Artikel 4

Es wird eine Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs angewandt.

Diese Korrektur wird wie folgt bestimmt:

a) Es wird die sich im vorhergehenden Haushaltsjahr ergebende Differenz berechnet zwischen

— dem prozentualen Anteil des Vereinigten Königreichs an der Summe der nicht begrenzten MWSt-Bemessungsgrundlagen und

— dem prozentualen Anteil des Vereinigten Königreichs an den aufteilbaren Gesamtausgaben.

- b) Der Differenzbetrag wird mit den aufteilbaren Gesamtausgaben multipliziert;
- c) Das Ergebnis nach Buchstabe b) wird mit 0,66 multipliziert.
- d) Von dem gemäß Buchstabe c) ermittelten Betrag wird der Betrag abgezogen, der sich für das Vereinigte Königreich aus der Begrenzung der MWSt-Eigenmittelbemessungsgrundlage und den Zahlungen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) ergibt, d. h. die Differenz zwischen
- den Zahlungen, die durch die Einnahmen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben c) und d) finanziert werden und die das Vereinigte Königreich hätte leisten müssen, wenn der einheitliche Satz auf die nichtbegrenzten Bemessungsgrundlagen angewandt worden wäre, und
 - den Zahlungen des Vereinigten Königreichs gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben c) und d).
- e) Ab dem Jahr 2001 wird von dem Betrag gemäß Buchstabe d) der Nettogewinn abgezogen, der sich für das Vereinigte Königreich aufgrund des höheren Anteils an den Eigenmittleinnahmen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a) und b) ergibt, den die Mitgliedstaaten für die Erhebung und damit verbundene Kosten einbehalten.
- f) Bei jeder Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft wird der Betrag gemäß Buchstabe e) angepasst, um den Korrekturbetrag zu senken; damit wird sichergestellt, dass Ausgaben, die gegenwärtig für die Korrektur nicht berücksichtigt werden, auch künftig bei der Berechnung des Korrekturbetrags außer Betracht bleiben. Durch eine Anpassung werden die aufteilbaren Gesamtausgaben um einen Betrag verringert, der den jährlichen Vorbeitrittsausgaben in den beitretenden Ländern entspricht. Alle so berechneten Beträge werden auf die folgenden Haushaltsjahre übertragen und jährlich durch Anwendung des bei der Anpassung der finanziellen Vorausschau zugrunde gelegten BSP-Deflators angepasst.

Artikel 5

- (1) Der Korrekturbetrag wird von den übrigen Mitgliedstaaten nach den folgenden Modalitäten finanziert:

Die Aufteilung des zu finanzierenden Betrags wird zunächst nach dem jeweiligen Anteil der Mitgliedstaaten an den Zahlungen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) — unter Ausschluss des Vereinigten Königreichs — berechnet; sodann wird er in der Weise angepasst, dass der Finanzierungsanteil Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens auf ein Viertel der sich normalerweise aus dieser Berechnung ergebenden Anteile begrenzt wird.

- (2) Die Ausgleichszahlung an das Vereinigte Königreich wird mit seinen Zahlungen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben c) und d) verrechnet. Die von den übrigen Mitgliedstaaten zu tragende Finanzlast kommt zu deren jeweiligen Zahlungen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben c) und d) hinzu.

- (3) Die Kommission nimmt die zur Anwendung von Artikel 4 und dieses Artikels erforderlichen Berechnungen vor.

- (4) Ist der Haushaltsplan zu Beginn des Haushaltsjahres noch nicht verabschiedet, so bleiben die im letzten endgültig festgestellten Haushaltsplan eingesetzte Ausgleichszahlung an

das Vereinigte Königreich und der dafür von den übrigen Mitgliedstaaten aufzubringende Betrag anwendbar.

Artikel 6

Die Einnahmen gemäß Artikel 2 dienen unterschiedslos der Finanzierung aller im Haushaltsplan ausgewiesenen Ausgaben. Die Einnahmen, die zur vollständigen oder teilweisen Deckung der in den Haushaltsplan eingesetzten drei Reserven — der EAGFL-Währungsreserve, der Reserve zur Finanzierung von Darlehensgarantien und der Reserve für Soforthilfen zugunsten von Drittländern — erforderlich sind, werden erst dann bei den Mitgliedstaaten abgerufen, wenn diese Reserven in Anspruch genommen werden. Die Bestimmungen für die Funktionsweise dieser Reserven werden erforderlichenfalls gemäß Artikel 8 Absatz 2 erlassen.

Artikel 7

Ein etwaiger Mehrbetrag der Einnahmen der Gemeinschaften gegenüber den tatsächlichen Gesamtausgaben im Verlauf eines Haushaltsjahres wird auf das folgende Haushaltsjahr übertragen.

Etwaige Mehrbeträge, die bei einer Übertragung von Mitteln aus Kapiteln des EAGFL, Abteilung Garantie, nach der Währungsreserve anfallen, oder Mehrbeträge des Garantiefonds im Zusammenhang mit außenpolitischen Maßnahmen, die dem Einnahmenansatz des Haushalts hinzugerechnet werden, werden als Eigenmittelbeträge angesehen.

Artikel 8

- (1) Die Eigenmittel der Gemeinschaften gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a) und b) werden von den Mitgliedstaaten nach den innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erhoben, die gegebenenfalls den Erfordernissen der Gemeinschaftsregelung anzupassen sind.

Die Kommission nimmt in regelmäßigen Abständen eine Prüfung der einzelstaatlichen Bestimmungen vor, die ihr von den Mitgliedstaaten mitgeteilt werden, teilt den Mitgliedstaaten die Anpassungen mit, die sie zur Gewährleistung ihrer Übereinstimmung mit den Gemeinschaftsvorschriften für notwendig hält, und erstattet der Haushaltsbehörde Bericht.

Die Mitgliedstaaten stellen die Mittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a) bis d) der Kommission zur Verfügung.

- (2) Unbeschadet der in Artikel 248 des EG-Vertrags und in Artikel 160c des Euratom-Vertrags vorgesehenen Rechnungsprüfung und der Prüfungen der Übereinstimmung und der Ordnungsmäßigkeit — diese Rechnungsprüfung und diese Prüfungen erstrecken sich im Wesentlichen auf die Zuverlässigkeit und Effizienz der einzelstaatlichen Systeme und Verfahren zur Ermittlung der Grundlage für die MWSt- und BSP-Eigenmittel — und unbeschadet der Kontrollmaßnahmen gemäß Artikel 279 Buchstabe c) des EG-Vertrags sowie Artikel 183 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags erlässt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Vorschriften sowie die Vorschriften über die Kontrolle der Erhebung der Einnahmen gemäß den Artikeln 2 und 5 und Vorschriften darüber, wie diese Einnahmen der Kommission zur Verfügung zu stellen und wann sie abzuführen sind.

Artikel 9

Die Kommission nimmt vor dem 1. Januar 2006 eine generelle Überprüfung des Eigenmittelsystems vor und fügt dem Bericht hierüber erforderlichenfalls geeignete Vorschläge bei; sie berücksichtigt hierbei alle relevanten Faktoren, wozu auch die Auswirkungen der Erweiterung auf die Haushaltsfinanzierung, die Möglichkeit einer Änderung der Eigenmittelstruktur durch die Schaffung neuer autonomer Eigenmittel und die dem Vereinigten Königreich zugestandene Korrektur der Haushaltsungleichgewichte sowie die Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Schweden zugestandene Reduzierung des Finanzierungsanteils gemäß Artikel 5 Absatz 1 gehören.

Artikel 10

(1) Dieser Beschluss wird den Mitgliedstaaten vom Generalsekretär des Rates bekanntgegeben und im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht.

Die Mitgliedstaaten teilen dem Generalsekretär des Rates unverzüglich den Abschluss der Verfahren mit, die nach ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften zur Annahme dieses Beschlusses erforderlich sind.

Dieser Beschluss tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat des Eingangs der letzten Mitteilung gemäß Unterabsatz 2 folgt. Er wird zum 1. Januar 2002 wirksam, mit Ausnahme von Artikel 2 Absatz 3 und Artikel 4, die zum 1. Januar 2001 wirksam werden.

(2) a) Vorbehaltlich des Buchstabens b) wird der Beschluss 94/728/EG, Euratom zum 1. Januar 2002 aufgehoben. Verweise auf den Beschluss des Rates vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der

Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften⁽¹⁾, den Beschluss 85/257/EWG, Euratom des Rates vom 7. Mai 1985 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften⁽²⁾, den Beschluss 88/376/EWG, Euratom oder den Beschluss 94/728/EG, Euratom sind als Verweise auf den vorliegenden Beschluss zu verstehen.

- b) Die Artikel 2, 4 und 5 der Beschlüsse 88/376/EWG, Euratom und 94/728/EG, Euratom sind weiterhin bei der Berechnung und der Anpassung der Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die einheitlich festgelegte und je nach Jahr auf zwischen 50 % bis 55 % des BSP der Mitgliedstaaten begrenzte MWSt-Eigenmittelbemessungsgrundlage ergeben, sowie bei der Berechnung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für die Haushaltsjahre 1988 bis 2000 anzuwenden.
- c) Die Mitgliedstaaten behalten als Erhebungskosten weiterhin 10 % der Beträge ein, auf die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a) und b) Bezug genommen wird und die bis zum 28. Februar 2001 von den Mitgliedstaaten im Einklang mit dem geltenden Gemeinschaftsrecht zur Verfügung gestellt werden sollten.

Geschehen zu Brüssel am 29. September 2000.

Im Namen des Rates

Der Präsident

L. FABIUS

⁽¹⁾ ABl. L 94 vom 28.4.1970, S. 19.

⁽²⁾ ABl. L 128 vom 14.5.1985, S. 15. Beschluss aufgehoben durch den Beschluss 88/376/EWG, Euratom.

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 3. Oktober 2000

mit Maßnahmen zum Schutz gegen die Blauzungenkrankheit in Sardinien (Italien)

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2000) 2899)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2000/598/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Regelung der veterinärrechtlichen und tierzüchterischen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen im Hinblick auf den Binnenmarkt ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/118/EWG ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 25. August 2000 hat Italien die Kommission über eine Reihe von klinischen Verdachtsfällen von Blauzungenkrankheit bei Schafbeständen in der Provinz Cagliari im Süden Sardinien in Kenntnis gesetzt. Das Auftreten der Blauzungenkrankheit wurde am 30. August 2000 bestätigt.
- (2) Die italienischen Behörden haben am 28. August 2000 ein Verbringungsverbot für seuchenempfindliche Tiere sowie ihr Sperma, ihre Eizellen und Embryonen aus dem Gebiet Sardinien verhängt, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Auch innerhalb Sardinien wurden strenge Verbringungsbeschränkungen für empfindliche Arten auferlegt.
- (3) Darüber hinaus haben die italienischen Behörden in Zusammenhang mit diesem Ausbruch weitere Bekämpfungsmaßnahmen getroffen, u. a. die Einrichtung von Schutz- und Überwachungszonen, epidemiologische Untersuchungen und besondere Studien zur Ermittlung der Verteilung der Vektoren des Blauzungenkrankheitsvirus und der möglichen Einschleppung nach Sardinien.
- (4) Die Blauzungenkrankheit wird in der Liste A des Internationalen Tierseuchenamtes geführt. Ihre Ausbreitung stellt eine ernste Gefahr für die Gemeinschaft dar und

könnte Auswirkungen auf den internationalen Handel haben.

- (5) Aus Gründen der Klarheit und Transparenz ist es angezeigt, auf Gemeinschaftsebene Seuchenbekämpfungsmaßnahmen zu erlassen, die die Verbringung von seuchenempfindlichen Tieren, ihrem Sperma, ihren Eizellen und Embryonen aus dem Gebiet Sardinien betreffen. Diese Maßnahmen entsprechen den bereits von den italienischen Behörden getroffenen Maßnahmen.
- (6) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Italien verbietet den Versand der für die Blauzungenkrankheit empfindlichen Arten (alle Wiederkäuer), ihres Spermas, ihrer Eizellen und Embryonen aus dem Gebiet Sardinien.

Artikel 2

Die Mitgliedstaaten ändern ihre Handelsvorschriften, um sie mit dieser Entscheidung in Einklang zu bringen. Sie setzen die Kommission davon umgehend in Kenntnis.

Artikel 3

Diese Entscheidung wird vor dem Hintergrund der Entwicklung der Situation und der Ergebnisse der Untersuchungen und Studien der italienischen Behörden erneut geprüft. Sie gilt bis zum 30. November 2000.

⁽¹⁾ ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 29.

⁽²⁾ ABl. L 62 vom 15.3.1993, S. 49.

Artikel 4

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 3. Oktober 2000

Für die Kommission
David BYRNE
Mitglied der Kommission
